

Erscheint
an allen Zeitungen.
Bezugspreis
in der Zeitungsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Börsen 275.—
im Ausland 10 Deutsche Mark

Gesamtpreis: 4248, 2273.
8110, 8249.

Botschaftskontor für Deutschland: Nr. 6182 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aufsässigkeit hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Zugangspreis
f. d. Grundschriftseiten im
Angeleiteten innerhalb
Polens 40.— M.
Reklameteil 120.— M.
Für Anfragen aus
Deutschland 850 M.
im Reklameteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Posna.

Czecows Konto für Polen: P. C. O. Nr. 200283 in Pozna.

Sowjetrußlands Orientpolitik.

Drei Ziele hat sich die Politik der Sowjetregierung in Asien gestellt: Sie will die asiatischen Länder revolutionieren und von dort aus (nach dem Auspruch Sinowiews) die Weltrevolution einleiten, sie will diese Länder gegen das britische Imperium widerstreitig machen, und sie will ein Bündnis zwischen diesen Ländern und Moskau vorbereiten. Die von Asien ausgehende Weltrevolution wird wohl eine Utopie bleiben, zweifellos aber hat die Politik Moskaus auf dem Wege der Revolutionierung Asiens und der Aufwiegelung der asiatischen Länder gegen England schon starke Erfolge zu verzeichnen. Von dem, was die bolschewistische Propaganda in dieser Hinsicht bis jetzt erreicht hat, ergibt sich folgendes Bild:

Am 16. März des vergangenen Jahres wurde in Moskau ein Vertrag mit der Angoraregierung unterzeichnet, demzufolge zwar Baum bei Sowjetgeorgien blieb, Karabach, Ardaghau und Arwin jedoch den Türken zugesprochen wurden.

Am 13. Oktober kam ein weiterer Vertrag zwischen den kaukasischen Sowjetrepubliken und der Türkei zustande, der alle alten Streitigkeiten zwischen Georgien, Armenien und Aserbeidschan und der Türkei zur beiderseitigen Zufriedenheit regelte. Verhandlungen zwischen der Sowjetukraine und den Türken über gegenseitige militärische Unterstützungen sind im Gange.

Noch engere Beziehungen wurden zu Persien angeknüpft. Das ganze Land wurde mit einem Propagandauzug überzogen; die iranische kommunistische Partei wurde ein maßgebender Faktor in Persien. Die unter englischem Einfluss stehende Regierung Sepahdars wurde gewaltsam gestürzt, das neue Kabinett Sia Ed Dine annulierte den englisch-persischen Vertrag und ersetzte ihn durch ein sehr viel weitgehenderes sowjetrussisch-persisches Abkommen.

Die englischen Truppen mußten Südpersien räumen, und ein neues, ganz russisch orientiertes Kabinett kam ans Ruder, das die englischen Institute und Finanzräte zum Verlassen des Landes zwang, sich allerdings weiteren kommunistischen Besitzungen wiedersetzen und die lokale Sowjetregierung in Teheran beseitigte. Am 15. Dezember stimmte das persische Parlament dem russisch-persischen Freundschaftsvertrag zu: Russlands Vorherrschaft in Persien ist zur Tatsache geworden. Nur an der südlichen Peripherie, im persischen Golfe, sind die Engländer noch Herren der Lage, — das übrige Persien ist dem britischen Einfluß entzogen.

Die englandseidliche Stimmung, die wie in Persien in China und Buchara herrschen soll, eint die verschiedenen Schichten und Stämme, frisht sich immer tiefer in Mittelasien ein und hat schon längst nach Indien übergegriffen. China und Buchara sind heute wieder Vasallstaaten Russlands mit Sowjetinstitutionen.

Auch in Afghanistan hat der englische Einfluß eine starke Einbuße erlitten. England konnte die Ratifizierung des im Februar v. J. geschlossenen Vertrages zwischen Sowjetrußland und der Regierung des Emirs nicht verhindern, und nach Eintreffen des offiziellen Sowjetvertreters (Raskolnikow) mußte die englische Mission das Land unverrichteter Dinge verlassen.

Zu China ist die Sowjetregierung ebenfalls in nähere Beziehungen getreten. China erkannte nach erfolgreichen Verhandlungen die Handelsdelegation Russlands in Peking an und ist, wie es scheint, nicht abgeneigt, die russische Vermittlung im Streit mit der Mongolei zu einer noch stärkeren Annäherung und einem Ausgleich der Interessen zu benutzen. Kein geringerer als Joffe, der Vertreter Russlands in Brest-Litowsk und späterer sowjetrussische Gesandte in Berlin, wurde nach Peking entsandt, woraus wohl zu erkennen ist, welche Bedeutung man in Moskau den Verhandlungen mit China beimischt.

In der Mongolei gelang es der Sowjetregierung, durch bolschewistische Streitkräfte die mit Baron Ungern Sternberg zusammenhängende „weiße“ Regierung zu beseitigen, die Truppen dieser Regierung zu schlagen und ihren Führer gefangen zu nehmen. Seitdem ist die Mongolei ein zur sowjetrussischen Einflußphäre gehöriges Staatswesen.

Sowjetrußlands Stellung in Norden und im fernen Osten Asiens ist schwieriger zu übersehen. Bis zum Balkan ist die Sowjetherrschaft heute unbestritten, aber das Gebiet der „Republik des fernen Ostens“ ist von japanischen Truppen besetzt, und die ganze Länge des Stillen Ozeans ist im Besitz Japans.

Auch hat Japan den (nördlichen) russischen Teil der Insel Sachalin besetzt. Die „Republik des fernen Ostens“ betrachtet sich als selbständiges Glied des großen Sowjetrußlands, wenn sie auch nicht als reinkommunistisch bezeichnet werden kann. Außerdem gibt es in Wladivostok eine besondere antibolschewistische Regierung unter Leitung Merkulows, die von Japanen unterstützt wird und vor einiger Zeit Chabarowsk am Amur mit Hilfe japanischer Truppen besetzt.

Der Bolschewismus hat in Asien ein anderes Gesicht als in Europa. Er ist dort keineswegs eine rein soziale Bewegung, sondern stark vermisch mit nationalistisch-religiösen Tendenzen. Alle Sowjetrepubliken treiben eine großrussische Politik und erfüllen die Vereinigung Russlands. In Sibirien ist eine der Hauptabgaben der bolschewistischen Politik auch die Befreiung der russi-

schen Territorien von den Japanern. Die Sibirier wollen wohl eine weitgehende Autonomie, aber keine Lösung von Russland, während Japan ohne Zweifel sein Protektorat über Sibirien bis zum Baikalsee ausdehnen will und daher nicht nur die Sowjets, sondern jede Moskauer Regierung bekämpfen wird.

Der Sowjetregierung ist es gelungen, durch Verzicht auf eine Reihe von Vorrechten, die das Kaiserreich sich ertrögt hatte, das Russentum in Asien populär zu machen und dort einen Einfluß zu gewinnen, mit dessen Hilfe sie imstande ist, manchen Druck auf die englische Politik auszuüben. Man darf als wahrscheinlich annehmen, daß sich das auch in den bevorstehenden Beratungen in Genua geltend machen wird.

Vor der Konferenz in Genua.

Schwierigkeiten in der Orientfrage.

Die „Rzecapo-polita“ teilt mit, daß Lloyd George beschlossen habe, nach Beendigung der Pariser Beratungen zwischen den Auslandsministern Frankreichs, Englands und Italiens, welche am 1. Februar beginnen sollen, nach Paris zu fahren. Lloyd George begründet seine Reise mit dem Wunsche, sich mit Poincaré über den Garantievertrag und die Konferenz in Genua zu einigen. Lloyd George hat den Entschluß geachtet, nachdem er die letzte Note Poincarés erhalten hat. In dieser Note hat Poincaré festgestellt, daß die französische Regierung betreffs beider oben erwähnten Angelegenheiten nicht einen Schritt von ihrem Standpunkt abweichen wird.

Aus Paris kommen Nachrichten, daß die für den 1. Februar angeplante Konferenz der Auslandsminister Englands, Frankreichs und Italiens nicht stattfinden wird. Die französische Regierung beabsichtigt, auf der erwähnten Konferenz England und Italien eine Denkschrift über die Ostfragen vorzulegen. In der Hauptstadt Frankreichs sind Gerüchte verbreitet, daß die Ursache der Verzögerung der Konferenz die Ankunft des griechischen Ministerpräsidenten Gunaris ist, der sich um eine Audienz bei Poincaré bemüht hat, um ihn über den Stand der griechischen Frage zu informieren und eine Änderung seines Standpunktes zu erlangen. Da jedoch Gunaris die gewünschte Unterredung nicht erlangt hat, fährt er heute nach London.

Harding für Genua.

Rom, 31. Januar. Amerikanische Blätter melden, daß Harding Poincaré von der Stellungnahme der amerikanischen Regierung über die Teilnahme an der Konferenz in Genua in Kenntnis gesetzt hat. Die amerikanischen Blätter versichern, daß Harding grundsätzlich für Teilnahme an der Konferenz ist.

Prag, 31. Januar. „Petit Parisien“ meldet, daß zwischen den Koalitionsmächten unverzüglich ein Meinungsaustausch über das Programm der Konferenz in Genua erfolgen wird. Es ist höchstwahrscheinlich, daß diese Verhandlungen länger dauern werden, als zuerst angenommen wurde und deshalb die Konferenz in Genua sicherlich nicht vor Ostern stattfinden wird.

Die Tschechoslowakei.

Prag, 31. Januar. Die Zeitungen berichten, daß sich Benesch am 8. Februar nach Paris und London begeben soll, um mit den dortigen maßgebenden Faktoren das Programm der Konferenz in Genua zu besprechen.

Die Konferenz der Außenminister.

Paris, 31. Januar. Der italienische Außenminister della Torretta hat sich von Rom nach Paris begeben, wo er am Dienstag eintrifft wird. Der englische Außenminister Lord Curzon wird ebenfalls in Paris erwarten. Die Konferenz der Außenminister Frankreichs, Italiens und Großbritanniens wird am Mittwoch, dem 1. Februar stattfinden. Den Vorsitz wird Poincaré führen.

Die deutsche Reparationsnote in Paris.

Paris, 31. Januar. (Tel.-Ull.) Der Kurier, der beauftragt wurde, die deutsche Note an die Reparationskommission in Paris zu überbringen, ist Sonntag nachmittag um 2 Uhr im Hotel „Astoria“ eingetroffen. Das Memorandum über die deutschen Budgeteinnahmen und -ausgaben, sowie das Memorandum über die von Dr. Rathenau in Cannes gegebenen Erklärungen werden durch Dr. Fischer dem Präsidenten der Kriegsostenkommission und der Reparationskommission übergeben werden.

Die deutschen Vorschläge überreicht.

Die Antwort der deutschen Regierung an die Reparationskommission wurde Sonntag nachmittag um 2 Uhr dem Präsidenten Dubois übergeben.

Nach einer Meldung des „Oeuvre“ hat Dubois dem Ministerpräsidenten Poincaré von seiner Enttäuschung, seiner Verlegenheit und seiner Beunruhigung über die deutschen Vorschläge Mitteilung gemacht, und von Poincarés Vorschlägen verlangt. Dubois glaubt, daß die Entscheidung, die von der Reparationskommission verlangt wird, deren Autorität übersteigt, und daß die Regierungen der Alliierten selbst diese Entscheidungen treffen müssen. Der Reparationsausschuß wird den Vereinbarungen von Cannes gemäß die Vorschläge den Regierungen der Alliierten übermitteln.

Nach der „Liberté“ wird der Reparationsausschuß zu den deutschen Vorschlägen vorläufig nicht eine Lösung nehmen. Die wichtigste Frage sei, ob die Regierungen der Alliierten selbst die Entscheidung treffen, oder ob sie den Reparationsausschuß damit beauftragen werden.

Lettisch-litauische Union.

Memel, 31. Januar. Die litauische Memeler Landeszeitung berichtet über Verhandlungen, die angeblich zwischen der lettischen und der Memeler Regierung wegen Bildung einer Union beider Staaten mit der gemeinsamen Residenz in Riga geführt werden.

Der Kampf um Wilna.

Polnisch-litauischer Notenwechsel.

Warschau, 31. Januar. Das Auslandsministerium hat vom litauischen Parlament eine Note erhalten, welche Polen die Annahme von Verhandlungen über Anknüpfung von diplomatischen Beziehungen vorschlägt, auf die Wilnaer Frage eingeht und von der polnischen Regierung fordert, die Wilnaer Wahlen für ungültig zu erklären, die polnischen Truppen hinter die durch den seinerzeit abgeschlossenen Vertrag in Suwalki vorgeschlagene Linie zurückzuziehen und neue Verhandlungen über Wilna einzuleiten. Diese Note ist unterschrieben von Jurutis, dem Auslandsminister.

In seiner Antwort hat sich der Minister Skirmunt im Namen seiner Regierung bereit erklärt, Verhandlungen über Anknüpfung von Konfultationsbeziehungen zwischen beiden Staaten zu führen, hat aber kategorisch gegen die Vorwürfe über eine angebliche Parteilichkeit bei den Wilnaer Wahlen protestiert und erklärt, daß die polnische Regierung sich diesbezüglich in keine Polemik einlassen wird, die ja doch nur die vollständige Grundlosigkeit der Vorwürfe Litauens ergeben würde.

Seniorenkongress in Wilna.

Wilna, 31. Januar. In den Morgenstunden fand die erste nichtöffentliche Sitzung des Seniorenkongresses statt. Beiprochen wurde die erste Sejmierung. Es wurde bestimmt, daß die Beteiligung der einzelnen Sejmiparteien im Altestenausschuß im Verhältnis von 1 zu 10 erfolgen soll, wobei ein nicht volles Beihand das Recht zu einem Vertreter gibt. Auf dieser Grundlage erhalten: Der Club der Vereinigung nationaler Parteien 5 Vertreter, die Volksräte 4, die polnische Volkspartei 2, die Wiedergeburtspartei 1, die Demokraten 1 und die Sozialisten 1 Vertreter.

Der Wortlaut der litauischen Note.

Der Auslandsminister teilt mit: Die litauische Regierung hat am 27. Januar an den Auslandsminister Skirmunt folgende Note gerichtet:

Herr Minister!

Während der ganzen Dauer der Verhandlungen, welche vertraglich des Wilnaer Gebiets im Völkerbund geführt wurden, hat die litauische Regierung Beweise für ihre verschönliche Haltung und ihre Offenwilligkeit gebracht, und zwar durch seine tiefe Friedensliebe und dadurch, daß es immer gute Beziehungen mit Polen im Auge hatte. Sich mit der Führung von Verhandlungen unter ungleichen Bedingungen einverstanden erklärend, wo doch das strittige Gebiet durch polnische Truppen besetzt wurde, hat die litauische Regierung alle die Vorschläge des Völkerbundes angenommen, welche sich nach ihrer Meinung mit der Unabhängigkeit und Sicherheit Litauens vereinbaren ließen. Dagegen hat die litauische Regierung alle diejenigen abgelehnt, welche nach seiner Überzeugung unannehmbar sind. So bedeutet denn die litauische Regierung sehr lebhaft den Beschluß des Völkerbundes vom 13. Januar, welcher der Versöhnungskonvention, die schon begonnen war, ein Ziel setzte.

Trotz ihres Bestrebens, den Konflikt auf friedliche Weise zu lösen, ist die litauische Regierung nicht der Meinung, daß der Mißerfolg der unter der Leitung des Völkerbundes geführten Verhandlungen sie vor der Verschärfung breitstellt, einen neuen Versuch zu machen, um mit der polnischen Regierung ein Einverständnis zu erzielen. Die litauische Regierung hat auch noch die Note Polens vom 9. Oktober 1920 in Erinnerung, welche über die Demarkationslinie neue Verhandlungen vorschlägt, und hofft, daß die polnische Regierung ebenso wie die litauische anerkennt, daß die gegenwärtige Lage der Einigung von unmittelbaren Verhandlungen keine Hindernisse entgegenstellt und zwar auf einer breiten Grundlage, welche die zünftigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten berücksichtigt.

Die litauische Regierung hat zur gegebenen Zeit beim Völkerbund gegen die Wahlen zum Wilnaer Sejm, die durch Polen unter der militärischen Okkupation organisiert worden sind, um eine einseitige Lösung der Streitfrage herbeizuführen, protestiert. Litauen hat gleichzeitig betont, daß es die Abstimmung eines auf solchen Grundlagen gewählten Sejms als ungültig und als nichtegalisierend ansieht.

Der Völkerbund hat den Protest der litauischen Regierung zur Kenntnis genommen und erklärt, daß er eine Lösung der Streitfrage, die entgegen seiner Entscheidung oder ohne Einverständnis der beiden interessierten Seiten erfolgt, nicht anerkennt.

Die Umstände, unter denen die Wilnaer Wahlen stattgefunden haben, können die litauische Regierung in dem eingenommenen Standpunkt nur bestärken. Das litauische, weißrussische und jüdische Element, die eine bedeutende Mehrheit der Bevölkerung Wilna darstellen, haben sich der Abstimmung enthalten. Der Rest der Bevölkerung wurde zu den Wahlurnen durch Drohungen polnischer Agenten geführt, durch Drohungen, die teils im geheimen gemacht, teils auf öffentlichen Versammlungen frank und frei ausgesprochen wurden. Überdies haben Elemente, die diesem Gebiet vollkommen fremd sind und auf Beimischung der polnischen Behörden herbeigeschafft wurden, an der Abstimmung teilgenommen. Kurz, zahlreiche Ungerechtigkeiten, worüber die litauische Regierung Angaben besitzt, charakterisieren die angebliche Volksbefragung. Es liegt klar auf der Hand, daß unter solchen Umständen die litauische Regierung keine Regierung anerkennt, die sich auf einen aus solchen Wahlen hervorgegangenen Sejm stützt und sich auch nicht mit ihr in irgendeiner Weise verhandeln einläßt.

Die litauische Regierung betrachtet fernerhin die Wilnaer Streitfrage als einen Streit zweier Staaten, Litauens und Polens. Sie schlägt deshalb der polnischen Regierung die Wiederaufnahme von unmittelbaren Verhandlungen vor. Was den Willenswilen im Wilnaer Gebiet anbetrifft, so könnte er bei diesen Verhandlungen in Erwägung gezogen werden, aber unter der unerlässlichen Bedingung, daß er in einer von beiden Regierungen als rechtmäßig angesehenen Form erfolgt.

Die polnische Regierung wird es sehr wohl verstehen, daß die Wiederaufnahme von unmittelbaren Verhandlungen die Notwendigkeit einschließt, den status quo im Wilnaer Gebiet, welcher durch den General Zeligowski unmittelbar nach dem Unterzeichnen des Vertrages in Sumaili vertraglich festgestellt wurde, wiederherzustellen. Dieser Vertrag setzte eine Demarkationslinie zwischen den litauischen und den polnischen Truppen fest, welche südlich von Wilna nach Brest-Litowsk ging und von dort aus durch einen besonderen Vertrag zwischen den beiden Regierungen verlängert werden sollte. Die litauische Regierung erwartet, daß Polen, falls es die Wünsche der litauischen Regierung, ein Einverständnis zu ergreifen, teilt, seine Truppen und seine Verwaltung aus dem

im Norden von der im Vertrage von Suwalki vorgesehenen Linie zurück.

Die litauische Regierung stützt sich, indem sie sich mit diesem Appell an Polen wendet, auf die Worte des Präsidenten Symanas, welcher daran erinnerte, „dass der eingeführte Zustand nicht zu Recht besteht, und dass es das Interesse Polens und Litauens sowie auch der Bevölkerung ist, dass der polnisch-litauische Kontakt eine Lösung findet, die auf den Grundlagen der Gerechtigkeit und Gleichheit beruht.“ Die litauische Regierung wird glücklich sein, wenn Polen ihm unverzüglich eine Antwort auf diesen Vorschlag unmittelbarer Verhandlungen erteilt.

Geben Sie, Herr Minister, meine größte Hochachtung entgegenzunehmen. (gez.) Jurgutis, Auslandsminister.

Aus Oberschlesien.

Bericht der polnischen Delegation.

Kattowitz, 1. Februar. Die polnische Delegation teilt mit: Der Minister Olszowski hatte am 25. und 26. v. Chr. Beratungen mit dem deutschen Bevollmächtigten. Minister Schiffer betroffen wurde der Stand der Verhandlungen in den Unterkommunen. Am Donnerstag ist Olszowski nach Warschau gereist, um in der Auslandskommission des Sejm einen Bericht zu erläutern. Auch die Unterkommision für Zollangelegenheiten hat ihre Arbeiten beendet. In dem Unterausschuss für Wasser- und Elektrizitätsangelegenheiten sind die Verhandlungen auf Schwierigkeiten gestoßen. Der Unterausschuss für Rechtsfragen hat ebenfalls seine Beratungen beendet und einige bisher frivile Punkte erledigt. Von anderen Unterausschüssen führt nur noch der Unterausschuss für Eisenbahnanlegenheiten Verhandlungen. Die übrigen Ausschüsse beenden die Regierung der geschicktesten sowie noch frivilen Fragen. Im Einvernehmen mit den in Genf vereinigten Reglementen sollen die Abteilungen der Unterkommision für den Schutz der nationalen Minderheiten sowie die Festlegung der Kompetenz der gesetzlichen Kommission und des Schiedsgerichts in Genf wieder aufgenommen werden. Um die Einsprüche der einzelnen Unterausschüsse zu begutachten, ist ein Komitee gebildet worden, zu dem von Seiten Polens der Gelehrte Wolny, von Seiten Deutschlands der Geh. Regierungsrat Schlegelberger gehören. Die Zusammenkunft der Bevollmächtigten in Genf, welche zunächst für den 6. Febr. vorgesehen war, ist auf den 10. Februar verschoben worden. Ein bedeutender Teil von Mitgliedern der polnischen Delegation hat Oberschlesien verlassen, der Rest reist im Laufe der nächsten Woche ab.

Genf am 11. Februar.

Warschau, 1. Februar. Hier ist eine amtliche Meldung eingetroffen, dass die Konferenz in Genf unter Vorsitz Calanders am 11. Februar beginnen wird.

Um den Achtstundentag.

Sejmssitzung vom 31. Januar.

Warschau, 1. Februar.

Der Marschall teilt mit, dass an die Stelle des verstorbenen Abg. Swida als neuer Abgeordneter Franciszek Ksawery Sadowski in den Sejm eintritt, an die Stelle des Abg. Pfarrers Malinowski Stefan Dabrowski.

Die Aussprache über das Gesetz betreffend den Achtstundentagsarbeitsstag wird fortgesetzt.

Abg. Zukawski knüpft an die gegenwärtig auf dem Gebiet der Arbeit herrschenden Verhältnisse an und ist der Ansicht, dass zurzeit eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht im Interesse des Staates liegen könnte.

Abg. Kotwas tritt für den Antrag der Minderheiten des Ausschusses ein und schlägt die folgende Formulierung des entsprechenden Absatzes vor: „Die Schließung der Läden in den Mittagsstunden wird aufgehoben.“

Abg. Gdyl: Die Arbeiter werden imstande sein, dem Vaterland freiwillig eine größere Arbeit zu leisten. Der Redner ist gegen den Antrag des Abg. Potoczek und des Pfarrers Stachowski.

Abg. Waszlawiewics spricht sich gegen die Aufhebung des Achtstundentagsarbeitsstages aus. Er ist der Ansicht, dass was zur Begründung der Änderung des Gesetzes gesagt wird, keinen überzeugen könnte. Von staatlicher Notwendigkeit könne keine Rede sein, es handele sich nur um die brutalen Interessen des Kapitals.

Abg. Goralski unterstützt den Änderungsprojekt des Pfarrers Stachowski.

Abg. Szabolico beantragt eine Entschließung, durch die die Regierung aufgefordert wird, vor Ablauf von vier Wochen eine Novelle zum Gesetz vorzulegen.

Abg. Woźnicki schlägt ebenfalls eine Entschließung vor. Minister Darowski erklärt seine Zustimmung zu den Anträgen des Pfarrers Stachowski ohne vorherige Prüfung durch einen Nachschub nicht angenommen werden könnte. Eine Unterscheidung zwischen den Geschäften, die mit Lohnangestellten arbeiten,

und solchen Geschäften, die keine solche Angestellte haben, könnte die Verhältnisse nur noch verschärfen.

Da schon 18 Redner gesprochen haben, bestimmt der Marschall den Abg. Reger als Hauptredner gegen den Antrag und den Abg. Pfarrer Stachowski als Hauptredner für den Antrag.

Abg. Reger weist darauf hin, dass es sich um eine öffentliche Frage handelt, die mit der jüdischen Frage nichts zu tun habe. Das Gesetz muss für alle in gleicher Weise gelten. Der Redner bespricht die einzelnen Anträge und erklärt seine Zustimmung zu dem Antrag Woźnicki.

Abg. Pfarrer Stachowski sieht keinen Widerspruch zwischen seinem Antrag und dem Gesetz. Die Verbesserung einiger Abgeordneten, dass sein Antrag den Arbeitern Unrecht tue, ist demagogisch. Was die Ratifizierung der Beschlüsse der Konferenz von Washington betrifft, so macht der Nationale Volksverband seinen Standpunkt davon abhängig, ob diese Beschlüsse von den anderen Staaten ratifiziert werden. Der Antrag des Redners unterscheidet sich von dem Antrag des Abg. Potoczek dadurch, dass er den Ladenbesitzer die Freiheit lässt, ihre Läden offen zu halten, wenn sie nur ihre Angestellten nicht zur Arbeit über 8 Stunden hinaus zwingen. Der Redner spricht sich gegen die Überweisung des Antrags an den Ausschuss aus.

Abg. Gwaliowski beantragt: Die Arbeitszeit im Handelsgewerbe darf 10 Stunden nicht übersteigen.

Der Marschall erklärt, dass in Anbetracht der Abreise eines Teiles der Abgeordneten nach Wilna die Abstimmung bis auf nächste Dienstag verschoben wird.

Abg. Brun berichtet über das Gesetz betreffend Erhöhung der Gebühren für Erfinderpatente. Der Ausschuss für Handel und Industrie schlägt eine fünffzigfache Erhöhung vor. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nächste Sitzung am Dienstag, dem 7. Februar.

Vom Ministerrat.

Warschau, 1. Februar. Auf der gestrigen Sitzung hat der Ministerrat weiter Verwaltungsangelegenheiten erörtert, eine Verfügung über die einstweilige ärztliche Hilfe für Staatsbeamten angenommen und zugleich den Gesundheitsminister um Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über ärztliche Hilfe im Sinne der Bestimmungen über die Dienstpragmatik ersucht. Ferner wurde das Schatzministerium ersucht, im Laufe eines Monats einen Entwurf vorzulegen, der die Bestimmungen des Gesetzes über Alterszulagen ändert. Dann nahm der Rat einen Gesetzentwurf über das oberste Verwaltungsgericht und einen andern über die Versorgung des Militärs an. Schließlich beschloss der Rat die Liquidation des Dorfinstitutes und erledigte eine Reihe von laufenden Angelegenheiten.

Warschau, 1. Februar. Der „Przegląd Wieczorny“ teilt mit, dass der Ministerräte erkrankt ist und die Ärzte ihm nicht erlaubt haben, die Wohnung zu verlassen. Der Ministerpräsident wird durch Minister Stełomicki vertreten.

Das hungernde Rußland.

Moskau, 1. Februar. Nachrichten aus bestunterrichteter Quelle zufolge nimmt die Hungernot in Rußland immer schrecklichere Formen an. Nach amtlichen Mitteilungen hungern 86 Millionen Menschen, jedoch beträgt die tatsächliche Zahl der Hungenden 40 Millionen. Die Sowjetregierung berichtet über traurige Zeichen der andauernden Abnahme der Überbereitschaft in Lebensmitteln und in Geld und ruft zu verstärkter Überwirksamkeit auf. Die Lage in dem vom Hunger erfassten Gebiete ist vollkommen hoffnungslos. Die Bevölkerung besteht überhaupt kein Geiste um die Felder zu bebauen und begräbt sich mit den Resten des lebenden Inventars. Infolge der physischen Leidens und der Kynose der Bevölkerung ist das ganze Land, wenn ihm nicht von außen schnelle und reichliche Hilfe zuteil wird, zum Aussterben verurteilt.

Die Lage in der Krim.

Moskau, 1. Februar. Sowjetblätter veröffentlichen alarmierende Nachrichten von der Krim, da dort die Getreideernte bald reif ist. Das Brot ist dort viermal teurer als in den von der Hungernot am meisten betroffenen Württemberg. Die Epidemie nimmt immer drohenderen Umtang an. 48,6 Prozent der besetzten Gebiete haben keine Ernte abgegeben.

Hilfsaktionen.

Moskau, 1. Februar. Die Ukraine-Wolhowska Republik hat 40 Waggon mit Lebensmitteln für die Hungenden geschickt.

Moskau, 1. Februar. Aus Amsterdam ist eine internationale Mission von vereinigten Vereinigungen mit Weiers an der Spree mit 75 000 Bud Lebensmitteln angekommen. Die Mission verspricht, dass in nächster Zeit noch weitere 100 000 Bud gesandt werden sollen. Die Föderation hat beschlossen, für die Ernährung von 40 000 Kindern zu sorgen.

fürchte. Dann sind rundum so viel kleine schwarze Männer vor mir aufgestanden. Wie ein Narr bin ich herumgerannt in der Hölle vor ihnen. Dann ist mir eingefallen, was die Leute mir zugesagten haben....

„Was?“
„Dass sie's getan hätte... mit dem Fercher zusammen.“
„Da hab' ich gedacht: wenn du sie angibst alle zwei, dann gehst frei aus, und es wird nachher schon herauskommen, dass sie unschuldig sind. Es war halt ein Unfall!“

„Nur das sich dieser Unfall mit dem deckt, was der Knochen-Lipp später erzählt hat!“
Brimmer zuckte gleichgültig die Achseln.

„Du mein! Dem haben's halt auch die Leute eingeredet. Der liegt.“

Darauf kam das Alibi des Angeklagten zur Sprache.
Justina behauptete, in der verdächtigen Nacht gegen 11 Uhr zu Bett gegangen und um 5 Uhr aufgestanden zu sein. Dwojil sie unruhig geschlafen, habe sie nichts Auffallendes im Hause gehört.

Andres sagte, er sei um zehn Uhr aus dem Wirtshaus heimgekommen und gleich zu Bett gegangen. Auch er hörte nichts Verdächtiges. Am andern Tage habe ihm seine Frau Vo würde gemacht, weil er, wie sie sagte, berauscht nach Hause gekommen sei.

Fercher blieb dabei, im Obstgarten seines Bruders bis gegen Mitternacht auf diesen gewartet zu haben. Dann sei er heimgegangen, habe sich, ohne Licht zu machen, niedergelegt und sei sogleich eingeschlafen.

Der Knochen-Lipp bestritt dies. Fercher habe ihn an der Holzlege hinter dem Brickehaus erwartet und sei dann mit ihm durch Fenster bei Brintner eingestiegen. Dort lag der Alte schon in seinem Blut am Boden, Justina stach gerade mit einem Taschenmesser auf ihn los und Andres framte in den offenen liegenden Läden. Nachher hätte er als Lohn das Geld bekommen.

Dabei blieb er trotz aller Kreuz- und Querfragen.
Justina, deren Gesicht fahle Blässe überwand während dieser Aussage warf ihm eine verächtliche Blick zu.

Auftreten der Tschechen in Österreich.

Wie die Tschechen Deutschösterreich für ihre Minderrechte kämpfen, wie sie in Wien auftrumpfen, zeigt folgende Meldung aus Wien: In Wien tagt jetzt eine Versammlung der tschechischen Landwirtschaftspartei Österreichs, die eine Reihe anspruchsvoller Forderungen an die österreichische Regierung stellt und sie dem Bundespräsidenten Hainisch überreichen wird. Die Hauptpunkte dieses tschechischen Vorstoßes sind:

Genaue Festsetzung der Voransetzungen, wann für nationale Minderheiten Schulen zu errichten sind und welche Kategorien.

Bestimmung über die Verwaltung dieser öffentlichen Schulen und über die Art ihrer Kontrolle durch die Minderheiten selbst.

Festlegung der allgemeinen Grundsätze des Minderrechtsrechtes im amtlichen Verkehr.

Duldung eines kulturellen Bündnisses der slawischen Minderheiten in Österreich (Tschechen, Kärntner, Slowenen, kroatische Burgenländer).

Errichtung öffentlicher tschechischer Volksschulen in etwa 20 niederösterreichischen Gemeinden.

Einführung der tschechischen Sprache als Lehrerzeugstand an allen öffentlichen Schulen in Nieder- und Oberösterreich, um den zerstreuten Minderheiten Gelegenheit zur sprachlichen Weiterbildung zu geben.

Obligate Einführung der tschechischen Sprache an allen landwirtschaftlichen Lehranstalten Nieder- und Oberösterreichs.

Errichtung einer zweiklassigen Landwirtschaftsschule mit tschechischer Sprache im Marchfeld nahe Wien.

Errichtung eines Lektorates für tschechische Sprache und Kulturgeschichte an der Hochschule für Bodenkultur in Wien und eines gleichnamigen Lektorates an der Wiener Universität.

Beseitung der Universitätslehranstalt für Slawistik und Errichtung eines Lehrstuhls für slawisches Recht und die Rechte der Sukzessionsstaaten. Und schließlich

sofortige Einberufung einer Minderheitskonferenz, Schaffung eines Minderheitsbeirates im Bundeskanzleramt und Sicherstellung des Rechtes, in die staatliche Institution der Landeskulturräte Delegierte zu entsenden.

Sowjetukraine.

Zunehmen der Teverung.

Charlow, 31. Januar. Aus der ganzen Ukraine laufen Nachrichten von einer katastrophalen Erhöhung der Lebensmittelpreise ein. Ein Pfund Brot (400 Gramm) kostet 23 000 Rubel, Weizbrot 40 000 Rubel, Fleisch 60 000—80 000 Rubel, Butter 200 000 Rubel, Zucker 150 000 Rubel, Eier 15 000 Rubel, 16 Kilogramm Holz 80 000 Rubel; für eine Fahrt mit der Drosche vom Bahnhof bis zur Stadt 250 000 Rubel. Die Preise, die für Goldrubel gezahlt werden, belaufen sich auf ungefähr 2½ Millionen, eine Flasche mit reinem Spiritus kostet 2 Millionen Rubel.

Ausstand.

Charlow, 31. Januar. In der Staatsfabrik Naval in Nikolajewsk sind die Arbeiter in den Streik getreten, weil die ihnen zukommenden Lebensmittelrationen nicht verteilt wurden.

Die Notlage der Zuckerindustrie.

Charlow, 31. Januar. Wirtschaftskreise in der Sowjetukraine erörtern lebhhaft die Frage, welche Maßnahmen man ergreifen müsse, um den endgültigen Stillstand in der Zuckerindustrie zu verhindern. Die ukrainische Zuckerproduktion betrug vor dem Krieg durchschnittlich 85 Millionen蒲d jährlich. Dagegen hat die leichte Kampagne kaum 1½ Millionen蒲d eingebracht, obwohl fast die Hälfte aller Zuckeraufbauten in Betrieb war. Alle bisherigen Maßnahmen, die Nübenproduktion und die Produktion in den Zuckeraufbauten zu heben, haben keinen Erfolg gezeigt. Gegenwärtig beschäftigt man die ganze Industrie durch Bildung eines Zuckerkontrolls zu reorganisieren, der die Zuckerindustrie der Ukraine zusammenfassen soll. Geplant ist ferner die Gründung einer Zuckerbank zur Finanzierung dieser Industrie. Die Arbeiten hinsichtlich der Organisation des Trusts und der Bank haben schon begonnen. Trotzdem verhalten sich Industriekreise der beabsichtigten Reorganisation gegenüber sehr skeptisch und sehen den einzigen Ausweg aus der bedrängten Lage darin, alle Zuckeraufbauten, die besser instand sind, in private Hände zu übergeben. Zur Zeit steht die leichte Kampagne kaum 1½ Millionen蒲d eingebracht, obwohl fast die Hälfte aller Zuckeraufbauten in Betrieb war. Alle bisherigen Maßnahmen, die Nübenproduktion und die Produktion in den Zuckeraufbauten zu heben, haben keinen Erfolg gezeigt. Gegenwärtig beschäftigt man die ganze Industrie durch Bildung eines Zuckerkontrolls zu reorganisieren, der die Zuckerindustrie der Ukraine zusammenfassen soll. Geplant ist ferner die Gründung einer Zuckerbank zur Finanzierung dieser Industrie. Die Arbeiten hinsichtlich der Organisation des Trusts und der Bank haben schon begonnen. Trotzdem verhalten sich Industriekreise der beabsichtigten Reorganisation gegenüber sehr skeptisch und sehen den einzigen Ausweg aus der bedrängten Lage darin, alle Zuckeraufbauten, die besser instand sind, in private Hände zu übergeben. Zur Zeit steht die leichte Kampagne kaum 1½ Millionen蒲d eingebracht, obwohl fast die Hälfte aller Zuckeraufbauten in Betrieb war. Alle bisherigen Maßnahmen, die Nübenproduktion und die Produktion in den Zuckeraufbauten zu heben, haben keinen Erfolg gezeigt. Gegenwärtig beschäftigt man die ganze Industrie durch Bildung eines Zuckerkontrolls zu reorganisieren, der die Zuckerindustrie der Ukraine zusammenfassen soll. Geplant ist ferner die Gründung einer Zuckerbank zur Finanzierung dieser Industrie. Die Arbeiten hinsichtlich der Organisation des Trusts und der Bank haben schon begonnen. Trotzdem verhalten sich Industriekreise der beabsichtigten Reorganisation gegenüber sehr skeptisch und sehen den einzigen Ausweg aus der bedrängten Lage darin, alle Zuckeraufbauten, die besser instand sind, in private Hände zu übergeben. Zur Zeit steht die leichte Kampagne kaum 1½ Millionen蒲d eingebracht, obwohl fast die Hälfte aller Zuckeraufbauten in Betrieb war. Alle bisherigen Maßnahmen, die Nübenproduktion und die Produktion in den Zuckeraufbauten zu heben, haben keinen Erfolg gezeigt. Gegenwärtig beschäftigt man die ganze Industrie durch Bildung eines Zuckerkontrolls zu reorganisieren, der die Zuckerindustrie der Ukraine zusammenfassen soll. Geplant ist ferner die Gründung einer Zuckerbank zur Finanzierung dieser Industrie. Die Arbeiten hinsichtlich der Organisation des Trusts und der Bank haben schon begonnen. Trotzdem verhalten sich Industriekreise der beabsichtigten Reorganisation gegenüber sehr skeptisch und sehen den einzigen Ausweg aus der bedrängten Lage darin, alle Zuckeraufbauten, die besser instand sind, in private Hände zu übergeben. Zur Zeit steht die leichte Kampagne kaum 1½ Millionen蒲d eingebracht, obwohl fast die Hälfte aller Zuckeraufbauten in Betrieb war. Alle bisherigen Maßnahmen, die Nübenproduktion und die Produktion in den Zuckeraufbauten zu heben, haben keinen Erfolg gezeigt. Gegenwärtig beschäftigt man die ganze Industrie durch Bildung eines Zuckerkontrolls zu reorganisieren, der die Zuckerindustrie der Ukraine zusammenfassen soll. Geplant ist ferner die Gründung einer Zuckerbank zur Finanzierung dieser Industrie. Die Arbeiten hinsichtlich der Organisation des Trusts und der Bank haben schon begonnen. Trotzdem verhalten sich Industriekreise der beabsichtigten Reorganisation gegenüber sehr skeptisch und sehen den einzigen Ausweg aus der bedrängten Lage darin, alle Zuckeraufbauten, die besser instand sind, in private Hände zu übergeben. Zur Zeit steht die leichte Kampagne kaum 1½ Millionen蒲d eingebracht, obwohl fast die Hälfte aller Zuckeraufbauten in Betrieb war. Alle bisherigen Maßnahmen, die Nübenproduktion und die Produktion in den Zuckeraufbauten zu heben, haben keinen Erfolg gezeigt. Gegenwärtig beschäftigt man die ganze Industrie durch Bildung eines Zuckerkontrolls zu reorganisieren, der die Zuckerindustrie der Ukraine zusammenfassen soll. Geplant ist ferner die Gründung einer Zuckerbank zur Finanzierung dieser Industrie. Die Arbeiten hinsichtlich der Organisation des Trusts und der Bank haben schon begonnen. Trotzdem verhalten sich Industriekreise der beabsichtigten Reorganisation gegenüber sehr skeptisch und sehen den einzigen Ausweg aus der bedrängten Lage darin, alle Zuckeraufbauten, die besser instand sind, in private Hände zu übergeben. Zur Zeit steht die leichte Kampagne kaum 1½ Millionen蒲d eingebracht, obwohl fast die Hälfte aller Zuckeraufbauten in Betrieb war. Alle bisherigen Maßnahmen, die Nübenproduktion und die Produktion in den Zuckeraufbauten zu heben, haben keinen Erfolg gezeigt. Gegenwärtig beschäftigt man die ganze Industrie durch Bildung eines Zuckerkontrolls zu reorganisieren, der die Zuckerindustrie der Ukraine zusammenfassen soll. Geplant ist ferner die Gründung

Arbeiterbewegung.

Streiklust der deutschen Eisenbahner.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter hat dem Reichsverkehrsminister und dem Reichsfinanzminister am 27. Januar eine Entschließung ihres erweiterten Vorstandes überbracht, in welcher die Forderungen des Deutschen Beamtenbundes vom 30. November 1921 unter nachdrücklicher Betonung der notwendigen automatischen Anpassung aller Bezüge an die sinkende Kaufkraft des Geldes wiederholt werden und binnen fünf Tagen nach der Übereichnung eine bindende Erklärung über deren Annahme oder Ablehnung verlangt wird. Für den Fall der Ablehnung sei der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft beauftragt, unverzüglich das letzte gewerkschaftliche Mittel in Anwendung zu bringen. Gleichzeitig wird vom Reichsverkehrsministerium die Aufhebung aller Erlassen und sonstigen Anordnungen verlangt, durch die bereits jetzt Einschränkungen der bisherigen Bestimmungen über den Achtfundenstag durchzuführen versucht werden und die Zurückziehung des Reiterentenentwurfes des Arbeitszeitgesetzes gefordert, da er ein ungerechtfertigtes Ausnahmegericht für die Eisenbahnbeamten darstelle.

Die Mitteilung über den in bedrohliche Nähe gerückten Streik der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten hat die anderen Eisenbahn-Großorganisationen veranlaßt, zu den schwedenden Dingen Stellung zu nehmen. Es handelt sich durchweg um unverbindliche Vorbesprechungen.

Aufruf an die Eisenbahner.

Berlin, 31. Januar. (Tel.-Ull.) Im Hinblick auf den möglicherweise bevorstehenden Streik der Eisenbahner erläutert der Präsident der Eisenbahndirektion Berlin folgenden Aufruf:

Eisenbahner! Ich halte es für meine Pflicht, auf die heftigen Erfüllungen und schweren Folgen hinzuweisen, die ein Streik der Eisenbahner gerade jetzt für die Allgemeinheit und das Vaterland im Innen und nach außen im Geiste haben würde. Ich mache aber auch weiter unter Bezugnahme auf den bekanntgegebenen Ministererlaß vom 23. Januar bei Beamtentreis nochmals auf die schwierigsten Folgen aufmerksam, die die Beteiligung am Streik für die Teilnehmer und ihre Familien nach sich zieht. An alle einsichtigen und verständigen Beamten ergeht daher meine dringende Aufforderung, sich ihrem Treueverhältnis zum Staate und ihrer Verantwortlichkeit bewußt zu sein und daher jede Aufforderung zur Beteiligung am Streik abzulehnen und ihrer Dienstpflicht in vollem Umfange nachzukommen. Die Eisenbahnverwaltung wird allen ehrlichen Beamten in der Ausübung ihrer Pflicht mit allen Mitteln Schutz gewähren.

Unverantwortlich.

Berlin, 31. Januar. (Tel.-Ull.) Trotz vielfacher Warnungen und Widerstände in den eigenen Reihen scheint die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter zum Streik entschlossen zu sein. Zu welchen verwerflichen Mitteln die jetzt fürstlich neugewählte Leitung dieses Eisenbahnerverbandes dabei greift, um einen Druck auf die Regierung auszuüben, zeigt die bedauerliche Tatsache, daß man sich durch Vermittlung des Vorstandes des Provinzialverbandes Rheinland des Deutschen Beamtenbundes bereits an die Interallierie Rheinland-Kommission gewandt und ihr mitgeteilt hat, daß die Reichsgewerkschaft am Montag in den Streik treten werde, weil die Regierung Verhandlungen mit dem Deutschen Beamtenbunde bzw. der Reichsgewerkschaft ablehnt oder abgebrochen habe. Darauf hat der Präsident der Interallierten Unterkommission in Köln von den deutschen Behörden Auskünfte verlangt. Die Telegraphenunion kann demgegenüber feststellen, daß die Behauptung, die deutsche Regierung habe Verhandlungen abgelehnt oder abgebrochen, eine Unwahrheit ist. Bekanntlich finden im Gegenteil zurzeit erfolgversprechende Verhandlungen zwischen Regierung, Transaktionen und Reichstag über die Überleiterungszuschüsse statt.

Die Berliner Theater vor einem Streik?

Berlin 31. Januar. (Vorarlberger) Die Schauspieler der Berliner Theater beschlossen in einer Versammlung, eine Urabstimmung über Eintritt in den Streik stattfinden zu lassen, weil ihre Forderungen vom Oberbeschlußgericht abgelehnt wurden. Verlangt wurden 70 Prozent Zulage zu den bisherigen Gagen.

Generalstreikdrohung in Tschechien.

Prag, 31. Januar. Die Reichskonferenz der Bergarbeiter verlangt das innerhalb der nächsten Tage bis längstens zum 1. Februar der Streik im Falkenauer Revier nach dem Grundsatz der auf der Konferenz geäuschten Beschlüsse beendet wird. Für den Fall, daß die Beendigung des Streikes nicht erfolgt, werden den so harten Bergarbeitern alle Vollmachten zur Ausübung des gesamten Streikes aller Bergarbeiter der Republik erteilt.

Internationale Beratung über den Minderheitsenschuh.

Die Kommission für Minderheitsfragen, die der Weltverband der Völkerbundvereine einzog, versendete über ihre erste Tagung folgenden Bericht: Die Tagung fand am 19. und 20. Januar in Brüssel statt. Der vorbereitete Bericht der Vollversammlung des Weltverbandes soll Anfang Juli in Prag vorgelegt werden. Den Vorsitz führte der Engländer Sir Willoughby Dickenson, ein früheres Unterhausmitglied. Vertreten waren Deutschland durch den Grafen Bernstorff, Belgien durch den Senator Lafontaine, Frankreich durch den Professor Aulard, weiterhin Argentinien, Griechenland, Polen, die Schweiz, die Tschechoslowakei und Ungarn. Geschäftsführer war der Generalsekretär des Weltverbandes, Professor Th. Mühlmann. Für die Frage der Minderheiten in der Tschechoslowakei, Polen, Österreich-Ungarn, Rumänien und Jugoslawien wurden Unterausschüsse eingesetzt. Die Art der Verhandlungen eröffnet die besten Aussichten auf die künftigen Beschlüsse. Die zweite Tagung findet im April voraussichtlich in München statt. Die Vertreter der Minderheiten werden eingeladen, das Material der Kommission durch persönliche Ausführungen vor ihr zu ergänzen.

Der sterbende Abrüstungskonferenz.

Der dramatische Regierungswchsel in Frankreich und seine Folgen für die europäische Politik haben für die Arbeiten der Washingtoner Konferenz eine Unsicherheit geschaffen, durch die das Ende der Abrüstungskonferenz wahrscheinlich weiter hinausgeschoben werden muß, will man die erreichten Beschlüsse nicht wieder aufheben. Über den Verhandlungen liegt eine Atmosphäre des Misstrauens. Die jetzt wieder zur Verhandlung stehende Chinafrage bietet noch so viel Unsicherheit und Schwierigkeiten, daß eine Übereinstimmung der Mächte aussichtslos scheint. Japan sucht seinen Einfluß zu behalten. Unbedeutende Zugeständnisse Japans sind das Werk von tagelangen Verhandlungen. Ammer deutlicher zeigt sich jedoch, daß auch England seine Einflussphäre in China nicht aufzugeben gedenkt. China selbst wehrt sich gegen die internationale Rücksicht, die man seinem Lande aufzutragen will, weil es darin das Ende seiner Selbstständigkeit sieht. Die chinesische Kommission leistet scharfe Widerstand gegen die amerikanischen Vorschläge. China möchte frei und unabhängig werden, was es von der Konferenz nicht mehr erhofft. Auch in der amerikanischen Presse mehren sich die Stimmen der Politiker, die die Konferenz ein Fiasko erwarten, als Folge der europäischen Politik, die ihren Einfluß auf die ganze Welt ausübt.

Homerule für Ägypten.

England will das Protektorat anlösen.

Die "Daily Mail" berichtet, daß die englische Regierung beabsichtigt, Ägypten die Unabhängigkeit unter einer selbständigen ägyptischen Regierung zu gewähren unter Bedingungen, die eine Eingang möglich erscheinen lassen.

Vord. Allenby, der englische Oberkommissar in Ägypten, ist von seiner Regierung nach London berufen worden, um über die Lage in Ägypten Bericht zu erheben. Das englische Außenamt erklärt, daß England tatsächlich daran denkt, das Protektorat über Ägypten aufzugeben, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt werden: 1. Absolute Garantie der Verbündung Englands mit Indien; 2. die Garantie daß England das Recht behält, auch in Zukunft die Mittel in der Hand zu haben, die englischen Gemeinschaften in Ägypten zu schützen; 3. die Garantie daß Ägypten weder direkt noch indirekt von einer anderen Macht beherrscht werde. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden, wird die englische Regierung unverzüglich dem Parlament die notwendigen Vorschläge unterbreiten, um das Protektorat aufzulösen.

Vor seiner Abreise aus Kairo hat Lord Allenby auch die Gefangenene befreien lassen, die die Proklamation eines Boykotts gegen England unerwünscht hatten. Ferner ermächtigte er die vier Zeitungen, die wegen des Andrucks dieser Proklamation beschlossen nahm, wieder zu erscheinen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Die 52 Stundenwoche in der Schweiz. Eine Schweizer Firma hatte im Oktober im Einverständnis mit der Arbeiterschaft und den Betrieben die 52 Stundenwoche eingeführt. Da die erste Bewilligung Ende Dezember abfiel, gab die Firma ihren Arbeitern in einer geheimen Abstimmung Gelegenheit, sich über die Beweisstellung oder Abschaffung der 52 Stundenwoche zu entscheiden. Die Abstimmung ergab, wie der "Dr. H. H. Dindorf" mitteilt, daß $\frac{1}{2}$ der Arbeiterschaft für die 52 Stundenwoche waren. Es handelt sich um die Firma Jenny in Ziegelbrücke. Es stimmten bei einer Stimmabstimmung von 80 Prozent 341 für und 81 gegen die 52 Stundenwoche.

Ein Massenmordplan in Japan. Bei der Untersuchung über den Mordversuch auf den Premierminister Takahashi ist man einem Komplexe an die Spur gekommen durch das Hunderte der angehendsten bürgerlichen Männer in Japan ermordet werden sollten. Es sind außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Danina!

Das Gesetz über die Erhebung einer außerordentlichen staatlichen Abgabe (Danina) ist

soeben in deutscher Übersetzung erschienen in der Gesamtausgabe "Polnische Gesetz und Verordnungen in deutscher Übersetzung" herausgegeben vom Deutschen Bund.

Wir senden diese hochwichtige Veröffentlichung gegen Einsendung von 150 Mark überall, in frei ins Haus und erbitten Bestellungen unter der Bezeichnung "Daninagebet".

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

Poznań, ulic Zwierzyniecka 6.

Telegrammadresse: Danilag. Tel. Nr. 4216, 2273, 3110, 3249

Republik Polen.

Der Ministerpräsident Ponikowski ist erkrankt und wird sowohl in seinen laufenden Geschäften als auch im Ministerrat vom Vizepräsidenten Sleszak vertreten.

Ein polnisches Telegraphenamt in Danzig. Die S. St. vom polnischen Kriegsministerium in Danzig eingerichtete Telegraphenstation ist dem Bereich des Postministeriums überwiesen worden und befindet sich bis auf weiteres im Gebäude des Generalkonsulats in Danzig. Es werden Verhandlungen geführt, um in Danzig - Neu-Jahrswasser ein polnisches Telegraphenamt zu errichten, daß eine direkte Verbindung mit dem Warschauer Haupttelegraphenamt hergestellt wird.

Ein polnisches Konsulat in Koischütz. Die Regierung der Tschechoslowakei erkläre sich mit der Errichtung eines polnischen Konsulats in Koischütz in der Slowakei einverstanden. Die Leitung dieses Konsulats wird Herrn Herzog Lewowksi, dem ehemaligen Vater des Konsulats in Orlowa, übertragen werden. Herr Lewowksi ist bereit nach Koischütz abgereist.

Tagung der Ärzte und des städtischen Sanitätspersonals. Am Sonnabend begann in Warschau der Kongress der Ärzte und des städtischen Sanitätspersonals Polens. Zum Vorsitzenden wurde der frühere Minister Janiszewski gewählt. Begrüßungen und Ansprachen liefern der Landwirtschaftsminister und der Gesundheitsminister. Der erste Referent war Dr. Bogucki (die Sitzung der Regierung zur Selbstverwaltung). An der Diskussion beteiligten sich Dr. Janiszewski, Sawadzki, Suszynski und andere. Die erste Sitzung des Kongresses hatte um 2 Uhr nachm. ihr Ende.

Deutsches Reich.

** Schulfrage und deutsche Vorkriegsschäden. Wie die "Tägl. Rundschau" zuverlässig erfährt, sollen Anfang Februar die Vorkriegsschäden des Auswärtigen Amtes veröffentlicht werden. Diesem Entschluß liegt die Abstift zugrunde, der Welt ein Bild von der Entwicklung der deutschen Außenpolitik in jenem Zeitalter zu geben, das man auf gegnerischer Seite als die Zeit des deutschen Imperialismus bezeichnet hat, der angeblich zu der Weltkatastrophe führte. Gründlich, wie der Deutsche in solchen Fällen zu sein pflegt, will man nicht nur die Akten aus der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. ans Licht bringen, sondern auch die gesamten Dokumente über die diplomatischen Verhandlungen seit dem Jahre 1871, also seit dem Bestehen des Deutschen Reiches. Zunächst wird ein Teil dieser Geheimakten in sechs Bänden erscheinen. Für die Herausgabe wird Herr Lepsius verantwortlich zeichnen, der die Zusammenstellung des Materials im Auftrage des Auswärtigen Amtes übernommen hat.

** Ein Tag der Kundgebungen. Die Reichshauptstadt stand am Sonntag im Zeichen der Kundgebungen. Die Verbände der Heim- und Saarländer hatten ihre Mitglieder und Landsleute im Rheingold zusammengezogen, wo sie eine machbare Demonstration gegen die Dringale ihrer Heimat veranstalteten. Abordnungen aller Parteien traten als Redner auf und bekannten einstimmig die Treue ihrer Siammesgenossen zum deutschen Vaterlande. Ihre Ausschreibungen klanger aus in das Gebet: Herr mach uns frei! Den Vorsitz der Versammlung hatte Reichstagspräsident Löwe übernommen. — Im Kielhus-Wall veranstaltete die deutsch-nationalen Jugend eine Diemarsch und Gedächtnisfeier. Großadmiral von Tirpitz, der in der Versammlung anwesend war, bildete den Gegenstand lebhafter Diskussionen. — Die Kommunisten demonstrierten im Sportpalast für die Internationale. Zu diesem Zweck war als Hauptredner der

kommunistische Agitator E. Tachin-Paris erschienen. Er sprach gegen den französischen Militärismus und die unsinnigen Reparationsforderungen an Deutschland. Alle Kundgebungen verliefen ohne jede Störung.

** Zwei Vertretungen des Vatikans in Deutschland. Gegen anders lautende Meldungen kann die "Rheinisch-Westfälische Zeitung" mitteilen, daß Nuntius Pacelli in München nach Abschluß der Konkordatverhandlungen der Vertreter des Papstes bei der Reichsregierung werden wird. Papst Benedikt hat bereits vor einem Monat dies verfügt, und auch den Nachfolger des Nuntius Pacelli bei der päpstlichen Nuntiatur in München bestimmt. Dieser Nachfolger ist der gegenwärtige Nuntius in Rio de Janeiro und heißt Vassalle di Torre Crissa. Es wird also nach Abschluß der Konkordatverhandlungen der Papst in Deutschland an Stelle bisher nur einer jetzt zwei Vertretungen haben, und zwar eine Nuntiatur in München und eine in Berlin.

Freistaat Danzig.

* Kommunistische Beleidigungen gegen den Danziger Senatspräsidenten. Vor dem Schiedsgericht in Danzig standen heute die beiden kommunistischen Waggonabgeordneten Nahm und Mau, die während der Generalstreikzeit in Danzig den im Frühjahr Raum des Parlaments sitzenden Senatspräsidenten Sahm und den Senator Kette schwer beleidigt hatten. Nahm hatte gerufen: "Hier sitzen die Verbrecher, die sind die längste Zeit in Danzig gewesen, während Mau rief: "Da ist der Kampf, der uns als Verbrecher und Hasser bezeichnet hat." Beide Abgeordneten betonten, daß ihre Angriffe sich lediglich gegen das System gerichtet hätten. Festgestellt wurde in der Verhandlung, daß Senatspräsident Sahm in seinem Aufruf die Kommunisten nicht als Verbrecher bezeichnet hatte, sondern nur gefragt hatte, der Generalstreik sei ein Verbrechen an der Allgemeinheit. Der Senatspräsident Sahm und der Abgeordnete Nahm haben inzwischen eine Einigung gefunden, in der sie sich verständigt und sich die Hände gereicht haben. Das Gericht verurteilte Mau zu 400 M. Geldstrafe Nahm zu 300 M. Geldstrafe.

Handel, Gewerbe und Verkehr

Inoffizielle Notierungen der Posener Getreidebörsen

vom 1. Februar 1922.

(Die Großhandelspreise verzichten ich für 100 kg. bei sofortiger Waggonlieferung.)	
Weizen	9800—10800
Roggen	7700
Braunerste	7300—7700
Hader	7500—7900
Weizenmehl 70%	17000—17800
Roggenmehl 70%	10000—10900
Heberbsen	850—9500
Weizen eis	5800
Roggenkleie	5200
Kartoffeln	8200—340
Schinkenbohnen	10000—12000
Leinamen	13000—14000
Rüben	14000—15000
Odermennig	14000—15000
Wicken	6500—7500
Betulichen	7000—8000
Szradella	11000—13000
Buchweizen	10000—11000
Gäbler Lupin	5000—6000
Gäbler Lupin	5000—6000
Rehende Produkte ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl einschl. Säfte.	
Tendenz: steig.	

Posener Viehmarkt vom 1. Februar 1922.

Es wurden gezählt für 50 Kilogramm Lebengewicht.

I. Rinder: A. Ochsen I. Sorte 8250—8750 M. II. Sorte 6500—7000 M. III. Sorte 3000—3500 M. S. Bullen I. Sorte 8250—8750 M. II. Sorte 6500—7000 M. III. Sorte 3000—3500 M. C. Färjen und Kühe I. Sorte 8250—8750 M. II. Sorte 6500—7000 M. III. Sorte 3000—3500 M. D. Kälber I. Sorte 8500 bis 9000 M. II. Sorte 7500—8000 M.

II. Schafe I. Sorte 7500—8000 M. II. Sorte 5500—6500 M. III. Schweine: I. Sorte 17250—17750 M. II. Sorte 16000 bis 16500 M. III. Sorte 14000—14500 M.

Der Auftrieb betragt: 157 Rinder, 200 Kälber, 210 Schafe, 6 Ziegen, 1225 Schweine. Tendenz: lebhaft.

= Danzig. 1. Februar. Auf der gestrigen Börse wurden amtlich notiert: Polnische Noten 600, Dollar 199, Pfund Sterling 857.50.

Wetterbericht

unseres Wetterdienstes beginnen vom 1. Februar 1922, fest: 9 Uhr.

Die Zahlung der Danina.

Das Ministerium für das ehemalige preußische Teilgebiet teilt folgendes mit:

Auf Grund des Gesetzes vom 16. Dezember 1921 über die außerordentliche Staatsabgabe (Drs. R. P. Nr. 1, Bl. 1 vom 7. Januar 1922) unterliegen der Abgabe auch:

1. Juristische Personen, die zur öffentlichen Rechtsprechung verpflichtet sind und der Gewerbeprüfer für das Jahr 1921 unterliegen (Art. 2, II), mithin also z. B. alle Amt- und Kommanditgesellschaften, alle eingeschriebenen Erwerbs- und landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie Gesellschaften mit beschränkter Haftspflicht, falls sie Bankgeschäfte betreiben;

2. Pächter und Nutznießer von Landwirtschaften, welche Eigentum von Institutionen sind, die im Artikel 3 Punkt 1 des Gesetzes (Art. 2, III) bezeichnet sind, z. B. Pächter und Nutznießer von Staatsdomänen, Gemeindeboden, Grund und Boden, welcher dem Kreis gehört, usw.;

3. physische Personen, welche Einkünfte aus selbständiger Ausübung von freien Berufen haben, aber keine Steuern zahlen, und im Teil I, Cc, Art. 2 des Gesetzes (Art. 2 V) erwähnt sind;

4. alle diejenigen, welche in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1921 Personenkraftwagen, Autischen (in den Städten) sowie Pferde- und Autodroschken und Autobusse gehabt haben, für die keine Gewerbesteuer gezahlt wird (Art. 2 VI).

Die Berechnung der nach den Artikeln 7, 8, 10 und 11 des Gesetzes auf die oben erwähnten Personen entfallenden Abgaben erfolgt im Gegensatz zu anderen Kategorien nicht durch die Behörden, sondern durch den Zahler selbst. Die errechnete Abgabe müssen die Zahler den zuständigen Behörden, in den Städten sind es die Magistrate, in den Dorfgemeinden und Gutsbezirken die Kreisausschüsse, vorlegen werden. Handelt es sich um die unter 1, 3 und 4 fallenden Personen, so muss die Berechnung innerhalb einer vierwöchigen Frist, vom Tage der Veröffentlichung der Ausführungsverordnung des Gesetzes (Art. 10, 23 und 24 des Gesetzes) gerechnet, d. h. also spätestens bis zum 4. Februar, erfolgen; Personen, die unter 2 fallen, müssen die Berechnung der Abgabe innerhalb der Frist für die Auslegung der Steuerbücher anderer Kategorien (Art. 21 des Gesetzes) vorlegen, d. h. also in der Zeit vom 29. Januar bis zum 11. Februar.

Diejenigen, die ihre Pflicht, die Berechnung der Abgabe vorzulegen, ohne gerechtfertigten Grund nicht nachkommen, werden einer Geldstrafe bis zu 1 Million Mark oder zu Gefängnis bis zu 3 Jahren verurteilt werden (Art. 28).

Die Behörden, welchen die Annahme von Berechnungen obliegt, sind gegenwärtig schon damit beschäftigt, auf Grund ihrer Kenntnis alle Personen festzustellen, die zu den oben erwähnten Kategorien gehören, und haben den Auftrag, in allen Fällen, in denen die Berechnungen nicht zur Zeit oder nicht vorschriftsmäßig vorliegen, sofort ein gerichtliches Verfahren einzuleiten. Außerdem wird in solchen Fällen die Höhe der Abgabe von der Behörde berechnet werden, und zwar so, daß die Staatskasse keinen Verlust erleidet. Gegen die Festsetzung der Höhe der Abgabe durch die Behörde steht dem Zahler kein Berufungsrecht zu (Art. 19, 21, 23 und 24 des Gesetzes).

Aus der polnischen Presse.

Von einem ungeduldigen Onkel erzählt in der "Rzecznost", der Publizist Wl. Berzynski eine Geschichte, die in freier deutscher Übersetzung so lautet:

"Im Sommer des Jahres 1919 kam in Versailles bei Paris ein Kind männlichen Geschlechts zur Welt, und in der heiligen Laufe gab man ihm den Namen „Traktat“, was so viel bedeutet wie Friedensvertrag.

Die Mutter des Knaben war ein gewisses Fräulein „Justitia“, ein schönes, aber bereits seit längerer Zeit kränkelndes und vom Leben schon stark mitgenommenes Wesen. Zur Vaterschaft bewiesen sich sogar mehrere Männer, was sonst nur in den seltsamsten Fällen vorkommt.

Es ist schwer zu begreifen, was diese Männer, die in geordneten materiellen Verhältnissen lebten und sich in der Welt großen Anrechten erfreuten, dazu bewogen hatte, ein Verhältnis mit einem so verachteten Wesen wie Fräulein „Justitia“ anzuknüpfen. Es ist anzunehmen, daß dies unter dem Einfluß der durch den langen Krieg hervergerufenen allgemeinen Nervosität, an der die Menschheit damals trankte, geschah.

Dem Kind, das in Versailles geboren wurde, prophezeite man eine glänzende Zukunft. Ja, die Ärzte meinten, es werde zu einem Manne der Vorzüglich für die ganze Welt sich ausmachen. Und so kamen auch zur Laufe des jungen „Traktates“ die Verwandten aus den entferntesten Winkeln der Welt nach Versailles. Der Mutter versicherte man, sie werde auf die Beziehung ihres Sohnes Einfluß haben, aber das war nur eine Phrase. Den Knaben nahmen die Tanten, die begüterten Frauen, „Weltmächte“, in ihre Obhut.

Anfangs verlief die Erziehung des Kindes sehr glatt. Wenn „Traktat“ zu schreien und zu weinen anfing, nahm ihn der Mann der Tante „Britannia“, Lloyd George, auf die Knie und sang ihm schöne Balladen von walisischen Räubern, die man Kommunisten nennt, vor. Und das Kind wurde ruhig und schlief ein. Aber mit der Zeit wurde die Gesundheit des kleinen „Traktates“ immer schlechter. Er siebte in einem fort. Sein Onkel Lloyd George beklagte sich, daß das Geweine des Kindes ihn bei der Arbeit störte.

Es wurde also ein Familientrat einberufen, und man schlug zwei Auswege vor.

„Wie war's, wenn man dem Knaben eine deutsche Amme bestellte?“

„Und — könnte man ihm nicht einen roten Bären aus Russland zum Spielzeug schenken?“

So fragte der Onkel, und er meinte, falls eines von den beiden nicht geschehe, so werde das Kind sterben, und er werde nicht arbeiten können. In der Welt aber wird ein solches Durcheinander entstehen, daß allen angst und bange werden könnte, daran überhaupt zu denken.

Diese Frauen „Weltmächte“ hatten jetzt großen Humor. Sie wußten, wenn Onkel Lloyd George aufhören wird zu arbeiten, so kann das für alle nicht gerade angenehme Folgen haben. Aber was soll man tun? Ist es sicher, die Erziehung des zarten Kindes einer deutschen Amme anzutrauen?

Und kann man ihm ein Spielzeug aus einem Lande schenken, wo es so viele ansteckende Krankheiten gibt?

Sie könnten sich ja selbst anstrengen, die Frauen „Weltmächte“!

Der Onkel wird immer ungeduldiger — „tut was mit dem Balg, es läßt mich ja nicht arbeiten!“ Die Tanten verschließen sich immerzu in einem Zimmer und beraten. Und obwohl das alles bei engverkleideten Türen stattfindet, so haben wie gewöhnlich auch hier die Wände Ohren. In Familienräten wird geträumt, daß die Tanten auf diesen Versammlungen einander in

die Haare fahren und sich gegenseitig mit den schönsten Ausdrücken bewerben. Der „Traktat“ ist ihnen schon zu viel geworden, und sie möchten ihn am liebsten erwürgen.

Wo aber bleibt die Liebe?

Vielleicht wäre es doch am besten, wenn die Erziehung des Kindes Fr. „Justitia“, seine Mutter, übernehmen?

Aber die ist noch der feierlichen Laufe in Versailles verschwunden, und heute könnte sie selbst Sherlock Holmes nicht wieder auffinden.

„Und der Onkel wird immer ungeduldiger.“

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 1. Februar.

Maria Lichtmeß.

Für den 2. Februar (Maria Lichtmeß), der in der am 26. Januar veröffentlichten Liste der staatlichen Feiertage fehlte, gelten, wie wir auf Anfrage an amtlicher Stelle erfahren, die gesetzlichen Bestimmungen über die Heiligung der Sonn- und Feiertage. Die nächste Nummer der Zeitung erscheint daher erst am Freitag nachmittag.

Die Bautätigkeit.

Der „Glos Posen“ erzählt, daß das Ministerium des früheren preußischen Teilgebiets für prozentuierte und nicht prozentuierte Hypotheken sowie für nicht rückzahlbare Hilfsgelder in letzter Zeit eine Viertelmilliarden Mark ausgegeben hat, um das Bauwesen zu fördern, und so gegen die Arbeitslosigkeit in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen anzukämpfen. Dieses Kapital schöpft das Ministerium aus eigenen Fonds, die aus indirekten Steuern stammen. Wie wir erfahren, so schreibt das Blatt weiter, wird diese Summe unter die einzelnen Kreise und kommunalen Einheiten unter Bedingungen verteilt, die der Finanzlage und dem Bedarf jeder dieser Institutionen angepaßt sind. Für Bauwesen in der Wojewodschaft Posen hat das Ministerium 30 Millionen Mark bestimmt. Die Baugesellschaft „Strzecha“ in Posen erhält 12 Millionen Mark, HohenSalza 5 Millionen, Jarotschin und Orlowowo zusammen 9 und Gnesen 4 Millionen Mark. Der Wojewodschaft Pommerellen sind folgende Summen zugewiesen worden: Thorn 25 Millionen, Dirschau 8 Millionen, Schwetz 10 Millionen, Berent 10 Millionen, Stargard 10 Millionen und Neustadt und Kulm je 8 Millionen. Alle diese Summen sind in Form von langfristigen, nichtprozentuierten Anleihen den einzelnen Städten oder Baugesellschaften, wie z. B. die „Strzecha“, zugewiesen worden. Die Aktion wird durch alle diese Städte sofort aufgenommen werden, wenn es die klimatischen Verhältnisse erlauben. Bei den gegenwärtig herrschenden Frösten kann von der Aufnahme irgendwelcher Bauarbeiten keine Rede sein.

X Meldepflicht bei Grippefällen. Der „Monitor Polski“ bringt einen Abriss der Verordnung des Ministeriums für öffentliche Gesundheitspflege vom 3. Januar d. J. über die Meldepflicht bei Grippeerkrankungen mit und ohne Lungenentzündung. (Dziennik Ustaw R. P. Nr. 4 Art. 24.)

X Mäuseplage im Magistratsgebäude. In den letzten Tagen zeigen sich in den verschiedenen Büros des Magistrats Massen von Mäusen die sich ganz quetschvoll über die Alten hermachen und nie gründlich bearbeiten, ohne sich vom arbeitenden Personal im Auge zu lassen zu lassen. Zum Teil sind die Alten ganz zerreißen. Vielleicht ist diese Einquartierung der großen Kälte der letzten Woche zuzuschreiben.

Der Güterbeamten-Zweigverein Posen hält am Donnerstag, dem 2. Februar, mittags 12 Uhr, im Kaffee Siebert eine Sitzung ab.

Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Doslein. Der am 3. Februar aus 8 Uhr abends in der Aula des deutschen Gymnasiums liegende Vortrag über „Das Leben der Ameisen und Bienen“ muß aus baupolizeilichen Gründen in dem kleinen Saale des Ev. Vereinshauses und zwar um 6 Uhr nachmittags stattfinden. Bereits geldige Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit.

Volkstümlich-wissenschaftliche Vorlesungen. Die Vorlesung des Herrn Sintienti in Knaevel läuft auch in dieser Woche noch aus.

Deutschtumsbund. Helft den in der Existenz geschwächten selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen. Rath Dębczyński 2 (früher Kaiserstrasse 10). Die Tagesordnung: Wahln, Vortrag usw.

X Diebstähle. In der ul. Szamarzewskiego 30 (früher Kaiserstrasse 10) wurden aus einer Wohnung geflügelte Porten Stoffe gestohlen, und zwar: 15 Meter weiße Leinwand 15 Meter Rohleinwand 18 Meter blauer und verschiedene Sachen aus Barchen im Wert von 75 000 Mark und in der ul. Mickiewicza 36 (früher Hohenlohestr.) aus einem Vorflur ein Damenvest mit lila Besatz und einem Krinnerkragen, im Werte von 50 000 M. ein Patriot grau, mit Krinnerkragen, im Werte von 25 000 M. und ein weiterer Herrenpaletot mit Krinnerkragen im Werte von 10 000 M.

* Innowrocław, 1. Februar. Vom Eisenbahngang überfahren wurden am Sonntag um 8½ Uhr abends unweit des Bahnhofs Jatdice die dortigen Einwohner Antoni Hejnkowsky, 25 Jahre alt, unverheiratet, und der verheiratete Michał Grobelski, Vater von 4 Kindern. Die beiden fuhren mit dem Abendzug aus Innowrocław zurück nach Jatdice. Um einen kleinen Umweg zu ersparen, überschritten sie das Bahngleise, ohne einen aus der Richtung Bromberg kommenden Güterzug zu bemerken, unter dessen Rädern die Unglücklichen gerieten. Grobelski war auf der Stelle tot, während Hejnkowsky im hoffnunglosen Zustande in das hiesige Kreishospital gebracht wurde.

* Culm, 31. Januar. Durch Auswanderung vieler Gemeindemitglieder nach Deutschland ist die hiesige jüdische Gemeinde schon stark zusammengedrängt. Da sämtliche jüdischen Familien bis auf etwa vier optiert haben, ist auf die noch größere Abwanderung zu rechnen. Die Gemeinde wird auf die Dauer nicht leistungsfähig sein. Nach dem bereits vor einigen Jahren erfolgten Tode des Rabbiners Dr. Guttmann wurde die Stelle nicht wieder besetzt. Der Kantor der Gemeinde ist vor einiger Zeit ausgewandert. In anderen kleineren Städten, wie Reichen und Neuenburg verschwinden die Synagogengemeinden gleichfalls.

* Landsberg, 24. Januar. Hier wurden unter dem Verdacht, gefälschte deutsche Banknoten verkauft zu haben, die Brüder Simeon und Wawrzyn Pawłowski aus Swieto, Kreis Flatow, verhaftet. Sie waren mit Hilfe von Grenzpässen aus dem deutschen Grenzgebiet herübergekommen und hatten in Landsberg an drei Stellen falsche deutsche Fünfzigmarknoten, eine

in großen Summen eingewechselt. Das Falschgeld fällt durch verwirchten Druck und Unleserlichkeit der Unterschriften der Reichsbank“ auf.

* Graudenz, 28. Januar. Die Abrissarbeiten der Kriegsbrücke haben auf der unteren Weichselbreite am Dienstag begonnen. Die abmontierten Teile werden auf einer Feldbahn über die Brücke nach dem rechtsseitigen Ufer transportiert und dort am Ufer gelagert. Wie man hört, soll die Eisenkonstruktion von dort nach Kongresspolen zu Wasser transportiert werden, um dort Beweinung zu finden. Die Holzsteine stehen sogleich nach dem Abriss verkauft oder sonst verwendet zu werden, denn möglich bereits einige Zeit gearbeitet wird, sind keine Holzvorräte zu bemerken. Bei den jegigen hohen Holzwiesen würde gewiß ein Teil des Holzes noch zu Bauzwecken Verwendung finden können. — Da das Weichselwasser mehr als einen Meter gesunken ist, sind die zahlreichen aus dem Wasser hervorragenden Sandbänke mit Eisbäumen bedeckt. Einige Buchen und Wasserarame haben wieder eine reiche Eisbedeckung. Zahlreiche Eisböschungen treiben auf ihm. Bei andauern dem Frost ist vorauszusehen, daß bei dem niedrigen Wasserstande das Eis auf den schmalen Stromarme nochmals zum Sieden kommt.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Lódz, 24. Januar. In einem Laden in der Andrzejstraße in Lódz wurde für ein frisches Eis siebzehn Mark gefordert. — Wiederholte ist von privater und amtlicher Seite die Zerstörung und Verwüstung der Kriegerfriedhöfe bei Lódz festgestellt worden. Bisher ist von einer Wiederinstellung dieser Gräber keine Rede gewesen. Nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages ist Polen jedoch verpflichtet, dafür zu sorgen, so daß die Beerdigung der von den Okkupationsbehörden angelegten Soldatenfriedhöfe dem Staate teuer zu stehen kommen wird. Mit Rücksicht darauf hat die Lódzer Wojewodschaft die Staats- und den Regierungskommissar neuerdings aufgefordert, auf die Kriegerfriedhöfe ganz besonders acht zu geben. In Verbindung damit wurde auch der Staatspolizei der Befehl gegeben, die Zerstörung dieser Friedhöfe zu verhüten, andernfalls aber die Schulden dem Gericht zu übergeben.

Aus dem Gerichtsstaat.

* Allenstein, 29. Januar. Ein Postraub in Wartenburg kam vor dem hiesigen Schwurgericht zur Verhandlung. Angeklagt war der frühere Kraftwagenführer Walter Romahn von hier. Am Abend des 12. Januar 1921 stiegte es an der Haustür des Postamtes Wartenburg, der nachtdiensthabende Oberpostschaffner Liebscher öffnete und fand einen jungen Mann stehen, der sich als einen Vertreter des Postdirektors Heder-Alenstein ausgab und die Schlüssel zur Postkasse verlangte. Nachdem ihm gesagt worden war, daß der Postbeamte Kruck in dem Wartenburg benachbarten Neuschanzen die Postschlüssel habe, entfernte sich der junge Mann. In Neuschanzen ließ er den Postbeamten Kruck wiederkommen, stellte sich diesem ebenfalls als Vertreter des Postdirektors Heder vor. Josef Kruck und sein Bruder begaben sich mit dem höheren Postbeamten nach Wartenburg. Unterwegs lehrten sie in das Gasthaus Zimmermann ein, wobei sie dem „Vertreter des Postdirektors“ erklärten, die Postschlüssel habe die Postgehilfin Fr. Koeling, die in der Stadt wohne. Darauf entfernte sich der fremde Herr. Den beiden stiegen nun Bedenken auf; sie eilten zum Postamt Wartenburg, weckten den Postmeister und teilten ihm das Geschehene mit. Inzwischen war Romahn zur Wohnung des Postgehilfen Koeling gegangen, wobei sie dem „Vertreter des Postdirektors“ erklärten, die Postschlüssel habe die Postgehilfin Fr. Koeling, die in der Stadt wohne. Darauf entfernte sich der Postbeamte mit dem Postschlüssel. Fr. Kruck kam jedoch gleich mit. Unterwegs erhielt sie von Romahn zwei Schläge mit einem dicken Gummitüppel über den Kopf, die Postschlüssel und die Taschenlampe fielen und fielen an ihr schwer herab. Als Fr. Kruck zum Bewußtsein kam und schreien wollte, hielt der Mann ihr den Mund mit dem Taschenluch zu. Fr. Kruck konnte sich nach längerer Zeit befreien, lief zum Postamt und machte dort Mitteilung. Sofort wurden nach dem Manne Nachforschungen gehalten. Vom Bahnhof Lengainen kam dann die telefonische Meldung von der Verhaftung. Das Gericht erkannte gegen den famosen „Postbeamten“ auf zehn Jahre Bußgeld.

* Danzig, 30. Januar. Der 21jährige Waldemar R. einer hiesigen Bank hatte, um zu spekulieren, heimlich große Geldsummen seiner eigenen Bank dazu benutzt. Durch den im November eingetretenen Kurssturz hatte er einen großen Teil der entnommenen Gelder verloren. Die Unterschlagungen wurden entdeckt, und der junge Spekulant hatte sich vor Gericht zu verantworten. Er wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Neues vom Tage.

* Ein Unfall des Berlin-Danziger Nachschleppzuges. Der Berlin-Danziger Nachschleppzug ab Berlin Friedrichstraße 7,51 Uhr abends, erlitt kurz hinter Königsberg einen Unfall, indem er auf eine auf dem Gleise stehende oder dasselbe kreuzende Maschine auffuhr. Die Maschine des Schnellzuges und der Postwagen wurden durch den Zusammenstoß beschädigt und mußten ausgetauscht werden. In den Personenzügen befanden sich 120 Passagiere, die Postwagen wurden zertrümmert, so daß die Weiterfahrt bei der Kälte nichts weniger als unangenehm war. Mehrere Passagiere wurden leicht verletzt. Der Zug fuhr nach Königsberg zurück, wo auch bald ein Arzt zur Stelle war, um die Verletzungen der Reisenden festzustellen.

* Der Nordpolfahrer Wilczek gestorben. Am 27. Januar starb in Wien der ehemalige General Hans Wilczek im 84. Lebensjahr. Wilczek hat seinerzeit die österreichische Nordpolexpedition organisiert und war der Gründer der Wiener freiwilligen Rettungsgesellschaft.

* Shackleton †. Aus Montevideo wird gemeldet, daß dort am 5. Januar der bekannte Südpolsucher Shackleton auf seinem Schiffe verstorben ist.

* Italiens Einwohnerzahl. Nach dem Ergebnis der in Italien neuerdings vorgenommenen Volkszählung besteht Italien einschließlich der neu einverleibten Provinzen eine Bevölkerung von 39,5 Millionen. Im Jahre 1911 zählte Italien 34,5 Millionen Einwohner.

* Furchtbare Brandkatastrophe in New York. Sonnabend abend brach während der Vorstellung im Knickerbocker Theater Feuer aus, das mit rauer Geschwindigkeit um sich griff. Nur ein Teil der Zuschauer konnte sich retten. Zahlreiche Personen fanden den Tod. Bis Sonntag früh 3½ Uhr waren aus der Trümmerstätte 40 Leichen geborgen. Man schätzt die Zahl der tödlich Verunglückten auf 50–100 Personen, die der Verletzten auf 200.

Hauptverantwortung: Dr. Wilhelm Seewenthal. Berantwortlich: für Politik und Kultur: Dr. W. Seewenthal; für Wirtschaft: Dr. W. Seewenthal; für Landwirtschaft: Dr. W. Seewenthal; für Industrie: Dr. W. Seewenthal; für Handel: Dr. W. Seewenthal; für Bauen: Dr. W. Seewenthal; für Bildung: Dr

Frauenzeitung des Posener Tageblatts.

Milda aus Schilda.

Von Hans Neumann.

Lendenlähmten Anekdöthen hilft man am wirksamsten dadurch auf die Hinterbeine, daß man ihnen die Verpflichtung voraussetzt: „Die Geschichte ist würdig tatsächlich verfasst!“ Hörer wie Leser legen nämlich an wahrheitsgetreu aufgetragte Ergebnisse einen weniger kritischen Nachschlag an, als an das einer Pointe zu lieben Erfundene; und die Mitteilung, das Anekdöthen sei allen Ernstes vorgefallen, läßt sie einen Pflock zurückstehen. Wer matte und farblose Geschichten auf der Pianne hat, beherzige dies private Mittel. —

Dem unerachtet hat sich das unten Geschilderte tatsächlich erignet, und ich wetteuere nicht ein Sterbenswort hinzu erfunden zu haben; ja, ich lasse sogar den Namen der Perle unverändert, um den realistischen Reiz nicht zu schwächen.

Das Dienstmädchen Milda trat Donnerstag mittag den Dienst an. Wir waren seit Monaten ohne Perle gewesen, und Mutter hatte sich behoßen, so gut es eben ging. Aber es war gar nicht gut gegangen. Mutter war auf den Beinen immer mobil und stand in dem Alster, wo der Mensch auf seine weißen Haare stolz zu werden beginnt. Das Wirtschaften machte ihr längst keinen Spaß mehr. Vater sorgte also für Hilfe und verschaffte uns durch weitläufige Besuchungen eine Perle vom Lande.

Milda trat Donnerstag mittag den Dienst an. Sie sah aus wie eine Bauernfrau: dünn, hägeres Gesicht mit spitzigem Kinn, hässlich angezogen, den Nackt hochgeschürzt, eine Knolle auf dem Hinterkopf, und auf der Nase, der Kurzsichtigkeit halber, eine Blechfille.

Am Anfang an flözte uns Milda das Gezeite von Vertrauen ein. Unverhohlene Zweifel an ihre Tüchtigkeit wurden riege, und nur Mama, ein Brutofen des rosigsten Optimismus, meinte, Milda werde sich schon einrichten.

Und Milda richtete sich ein. Man hatte ihr eine Kemenate im zweiten Stockwerk angewiesen, und dort richtete sich Milda ein; richtete sich ein, bis wir sie holten; bis wir sie am Abend herunterholten. Milda hatte verschwitzt, daß sie in Stellung war.

Milda sollte den Abendbrottisch beden helfen. Sie hatte, wohlerkennt, noch keine Silbe mit irgend einem Mitglied unserer Familie gewechselt, und man möchte annehmen, daß sie taub sei. Mit infernally verblödeten Miene betrat Milda unsere Küche, ließ sich von Mama ein Tablett mit Tellern in die Schwimmhäute drücken und segelte guten Worts auf den Korridor hinaus. Als Papa zwölfig die Tür der Wasserlust öffnete, lauerte Milda, das Tablett krampfhaft umklammert, auf dem Boden der Badewanne, als sei ihr das von höherer Gewalt, etwa von Rato Bla, aufgetragen worden. Sie strohte von Schicksalsergebenheit.

Vater nahm ihr das Tablett ab, führte sie zurück in die Küche, gab ihr einen Krug und sagte: gleich um die Ecke sei die Gastwirtschaft von Baldufs, und hier habe sie zwölf Mark für Kulmbacher Bier; dunkel oder hell, das sei einerlei.

Weil die Perle nicht reagierte, sondern den Herrn des Hauses zu beglückte, wiederholte Vater mit christlicher Sanftmut: sie möge, bitte, gleich ums Eck den Krug voll Kulmbacher füllen lassen — bei Baldufs.

Das Mädchen schaute meinen Vater nach Art viviszierter Kaninchen an, äußerte keinen Ton, packte den Krug und trampelte davon.

Die Uhr schlug acht.

Von uns bis zu Baldufs, das ist ein Weg von zwei Minuten, nicht länger. Mutter deckte selbst, wir setzten uns zurecht und warteten auf das Bier. Wir warteten und warteten, Milda kommt nicht. Es wird halb neun. Keine Milda. „Wo das Mädchen nur bleibt!“ seufzt Mutter. „Ich fange an,“ sagt Vater. Wir essen. Milda kommt nicht. Verlaufen kann sie sich nicht haben können. Vielleicht läuft sie mit Baldufs. Aber nein: Mädchen tut Milda unmöglich; dazu ist sie viel zu maulhaft.

Eine Stunde ist vergangen, seit sie fort ist, um Bier zu holen. Die Kleinen werden zu Bett gebracht. Wir Großen warten auf Milda. Um elf zieht Vater, der sich's bequem gemacht hatte, die Stiefel an und fahndet nach Milda.

Wir wohnten damals Eck Hübner- und Angersteinstraße. Der Eingang zu unserem Haus war in der Hübnerstraße. In der Angersteinstraße wurden Schleifen gelegt, und hinter unserem Garten gähnte ein tiefes Loch. Um dieses Loch herum war nicht nur ein Gatter eingerammt, sondern auch Holzböcke waren aufgespanzt worden, vier Stück, und an jedem hing des Nachts eine brennende Laterne.

Als Vater um die Ecke bog, erblickte er Milda. Sie lehnte über einem der Böcke und starrie, wie angeleimt, hinunter in das dunkle Loch. Vater floßte sie, da sie Zurufe unerwidert ließ, auf den Mund und erkundigte sich freundlich, warum sie nicht läme.

Nach eindringlichen Kreuz und Querfragen forderte er den Sachverhalt ans Licht: Milda war auf rätselhafte Weise in das Loch gefallen, in das man beim schlechtesten Willen nicht fallen konnte, es sei denn, man kroch unter den Böcken und unter der Barriere hinweg. Milda hatte es erreicht, hineinzufallen, und hatte anderthalb Stunden in dem Loch verweilt. Dann war ihr allmählich das Ungewöhnliche ihres Aufenthaltsortes ins Bewußtsein gedrungen, und sie hatte um Hilfe geplärrt. Da war ein Herr gekommen und hatte Milda aus dem Loch gezogen. Und nun stand Milda vor dem Loch und glupschte hinein und begriff das alles nicht.

Vater begriff es ebensowenig. Er führte Milda an der Hand heim. „Wo ist denn das Bier?“, war Mutters erste Frage. Ja, den Krug, den hatte Milda in dem Loch liegen gelassen.

Unter hoffnungslosem Kopfschütteln schickten die Eltern ihre neue Perle zu Bett. Vorrichtshalter wunderte Mutter mit, half Milda beim Entkleiden und putzte sorglich die Kerze aus.

Am folgenden Morgen schlief Milda, bis sie geweckt wurde. Dann jedoch blieb sie unsichtbar, und Mutter züstezte resigniert das Mittagsmahl.

In der Speisenkammer hatten fünf Eier gelegen. Mutter brauchte eins für die Suppe. Sie öffnete das Eierschränkchen; es war leer. Milda tauchte auf, das Antlitz von zähem Schaf verquollen. Weil sie sonst niemand hatte, dem sie sich anvertrauen konnte, berichtete Mama dem Mädchen von dem Verschwinden der fünf Eier. Milda lachte, andächtig und verbissen. Dann stieg Mama hinauf in Mildas Kemenate, um nachzuschauen, ob gelüftet sei. Auf Mildas Kommode lagen Eierschalen. Mutters Kopfkrätze schwärzte sich. Sie stieg wieder herab und verhörte das Mädchen.

„Milda, wo sind die fünf Eier?“

„Ich weiß nicht.“

„Milda, Sie wissen genau, wo die Eier sind?“

„Nee.“

„Lügen Sie nicht!“

„Ich weiß von nichts nichts.“

Dem forschenden Blick der Inquisitorin hielt sie mit Treuerzigkeit stand, soweit die Blechkralle das gestattete. In der Tat kannte Milda nichts zu wissen von dem Verschwinden irgend welcher Eier.

„Milda! Oben auf Ihrer Kommode liegen Eierschalen!“

„Da ist mir nichts bekannt.“

„Wo haben Sie die Eier?“

„Ich weiß von nichts nichts.“

„Wozu haben Sie die Eier gebraucht?“

Milda schwieg.

„Wozu Sie die Eier gebraucht haben?“

Milda denkt grausam nach; denkt nach, wie noch kein Sterblicher je nachgedacht hat: man hört sie förmlich nachdenken. Jetzt hat sie's. Und sacht entzöpfelt sich die Antwort: „s' mißte

denn grade sinn . . . s' mißte denn grade sinn, daß ich se ge-tressen habe!“

Das Erlebnis mit dem Loch hatte sie nach gehalten; sie war hungrig geworden und im Hemd zur Küche eingedrungen, hatte infantil etwas Schbares erwischt und sich alsbald befriedigt in ihre Gemächer zurückgezogen.

Das war am Freitag mittag. Als der Vater nach Hause kam, sprach er mit Christian Morgenstern: „Diese Magd muß gehn!“, zahlte ihr den Rest des Gehaltes aus und legte freiwillig die Speien drauf für eine Reise nach Schilda.

Fasching kostüme.

Es ist gewiß nicht an der Zeit, rauschende und übermüdige Feste zu feiern. Und doch: wenn der Hornung, der Monat Februar mit Kälte, Schnee und Steif ins Land zieht, hört die Jugend überall lächelnd Schellenjellingel, das Klatschen lustiger Prüfungen, und der alte Hang zu Mummentanz und Narrenerei wird lebendig. Der tiefe Sinn dieses scheinbar so oberflächlichen Vergnügens ist in der Proteusnatur der Menschen begründet, im Verlangen, einmal die Gebundenheit des eigenen Weinen abzustreifen, in einer anderen Haut zu schlüpfen. Manche Städte, und gerade die mit alter Faschingstradition, haben die offiziellen Faschingstvergnügungen unterlief. Mit Recht, da sie, wie Köln, im besetzten Gebiet liegen; München wiederum ist heute so überfremdet, daß der Karneval einen Verlauf zu nehmen droht, der mit unserem Schulfest in allzu frastem Gegenjahr stände. Aber auch ein Karnevalsvergnügen aus Sorgenbrecher ist erlaubt, wenn man es in den richtigen Rahmen zu halten versteht. Dieser Meinung wird vor allem die Jugend sein, und ihr muß man das Recht auf Freude nach Möglichkeit auch lassen.

Für die Ballmutter steht hinter all der Freude nur immer eins: die Sorge um das Festkleid. Und nun gar noch die um ein Maskenkostüm. Über gerade hier sind ja Freiheiten erlaubt, die es ermöglichen, vorhandenes auszunutzen, zusammenzulomponieren, die Phantasie walten zu lassen.

Vor allem muß eins beachtet werden: ein Maskenkostüm muß immer irgendwie mit dem Wesen seiner Trägerin in Einklang stehen. Ein schüchternes junges Mädchen sollte niemals ein Pierettiekostüm tragen, das Wit, Beweglichkeit verlangt. In einem Empirekleid wird es sich viel wohler fühlen und sich darin viel reizender geben, als in dem beladenen Münsterkleid, die nur einmal sein Wesen nicht ist. Trachten, deutsche Volkstrachten sind immer schön — am schönsten natürlich dann, wenn sie echt sind. Wer nicht selbst Beziehungen zum Lande hat, wird aber meist viel Mühe und Kosten haben, sich eine wirklich schöne Tracht zu verschaffen. Auch hier sollte man ein wenig darauf achten, daß die Erziehung den Typus repräsentiert, für den sie bestimmt ist. Auch sollte man, um „echt“ zu wirken, den Dialekt der betreffenden Landschaft einigermaßen beherrschen.

Auf den großstädtischen Kostümfesten sieht man jetzt vielfach in Phantaskostümen und namentlich dem Kopf zu erotische Anklänge: indisches, chinesisches, persisches. Aber sie verlangen recht kostbares Material: Chiffon, Seide, Samt, schillernde Steine, um einigermaßen asiatisch prunkvoll zu wirken. Solche Dinge billig nachzuhahnen, hätte man sich. Lieber greife man zu näher liegenden Vorbildern. Ganz besonders reizend für junge Mädchen sind Kleider mit Blumenmotiven. Hier liefert uns die Natur unerschöpflich Vorbilder, und es gehört nicht allzu teures Material und etwas Geschicklichkeit dazu, wunderhübsche Effekte zu erzielen. Dem guten Geschmack sind Kostüme ganz verpönt, die irgendwie die Gefühle anderer verleben können, so zum Beispiel Mönche und Nonnen, Christkindchen usw.

Für ältere Damen eignet sich immer am besten — neben Trachten, die allen Lebensaltern passen — ein Domino oder auch ein helles Gesellschaftskleid, dem durch eine originelle Frisur, einen phantastischen Kopf zu oder vergleichbar irgend ein der Trägerin gemäßer Stil gegeben wird. Ein spanischer Schal, charakteristisch über ein solches Kleid gelegt, gibt vollkommen etwas Kostümliches, Fremdartiges und erfüllt seinen Zweck, der Trägerin die Illusion eines neuen Wesens zu geben, und das ist es ja, was uns die Feste des Karnevals als so besonders reizvoll erscheinen läßt.

Zur Geschichte des Spiegels.

Wer die Eitelkeit als den Grundzug des weiblichen Charakters ansieht, wird meinen, der Spiegel als Lieblingsgerät der Frau sei gewiß schon so alt wie sie selbst, und Eva habe sich sicherlich ihren Spiegel aus dem Paradies mitgebracht. Man vergiß dabei, daß die Natur selbst im Wasser für einen Spiegel gesorgt hat, der den Frauen lange Zeit die Beschaffung eines eigenen Instruments an diesem Zweck entbehrlich machte. Der Spiegel ist denn auch weit jünger als Schminkgerät, Kamm und Haarnadel, die zu den allerältesten Erzeugnissen menschlicher Kultur gehören.

In Ägypten scheint sich die Frau erst auf der hohen Kulturstufe der Pyramidenzeit (um 3000 v. Chr.) an den Gebrauch des Spiegels gewöhnt zu haben, der auch dann noch auf die Dame der vornehmern Stände beschränkt geblieben sein wird; wenigstens heißt es in einem Text, der von den großen sozialen Wirren am Ende des dritten vorchristlichen Jahrtausends und der völligen Umwidmung der Bevölkerung berichtet: „Die, welche ihr Gesicht im Wasser beschaut, hat jetzt einen Spiegel.“ Als das Gerät sich erst einmal eingebürgert hatte, galt es jedoch bald als unentbehrlicher Begleiter der Frau. Auf den Abbildungen der Särge und Grabsteine hält die Hausfrau, wenn sie mit ihrem Gatten beim Mahl sitzt, gern den Spiegel in der Hand, oder Spiegel und Salzgefäß liegen in erreichbarer Nähe auf einem besondern Tischchen. Bei der allgemeinen Übertragung des diesseitigen Lebens auf das Jenseits will die Ägypterin natürlich auch in den Gefilden der Seligen ihren Spiegel nicht missen; so gehört er als wesentlicher Bestandteil zu den Grabbeigaben ägyptischer Frauen und findet sich häufig innerhalb der Mumienbinden unter dem Kopf. Er hat auch in die Reihe von Gegenständen Aufnahme gefunden, die zur Zeit des mittleren Reichs (um 2000 v. Chr.) auf die inneren Sargwände gemalt zu werden pflegten, um dem Toten die früher wirklich beigegebenen Geräte, Kleidungsstücke usw. zu ersezten. Die Anordnung der Gegenstände auf diesen Gerätereflektoren ist in der Regel so, daß die Dinge, die mit dem Kopf zu tun haben, auch in der Nähe des Kopfes gemalt sind — also vor allem Kopftücher und Spiegel —, während z. B. die Hände der Mumie den Spiegel dicht vor sich haben und die Füße unmittelbar in die Sandalen schlüpfen könnten. Und wie sich der Kapitel im Jenseits alle Speisen in ungähnlichen Mengen und alle Gegenstände in kostbarem Material wünschte, so sollten auch die abgebildeten Spiegel meist aus Gold oder Silber sein, und sie sind deshalb gelb oder weiß gemalt; ein rot gemalter, also kupferner oder bronzer Spiegel, ist eine Seltenheit.

Bei den wirklich gefundenen Stücken ist es dogegen ungelehrt, und Spiegel aus Eisenmetall sind nur vereinzelt auf uns gekommen. In der Regel ist die Scheibe aus Kupfer oder Bronze und außen poliert oder vergoldet, der Griff aus Holz oder ebenfalls aus Kupfer und später aus Bronze. Die Spiegel Scheibe hat bei den ältesten bekannten Stücken eine ovale, unten abgespitzte Form, während später die Kreisform, meist oben und unten etwas abgeflacht, überwiegt. Als Spiegelgriff hat die meiste Verbreitung die Form der Papryusblätter gefunden. Sie hat sich durch alle Seiten hindurch gehalten, sowohl in getreuer Nachahmung der Natur als auch mehr oder weniger stilisiert. Schön im Mittleren Reich hat man dann zwischen Dolce und Stiel den Kopf der Frauen- und Liebesgöttin Hathor eingefügt, der, meist doppelseitig, immer an den Kubobrennen kennlich ist und besonders im Neuen Reich (um 1500 v. Chr.) den Hauptschmuck der Spiegel bildet. Solche Griffe werden außer aus Bronze auch aus allen möglichen anderen

Stoffen, wie Stein und Fahne, hergestellt und auch aus verschiedenem Material zusammengesetzt. Später tritt daneben mehr und mehr der Spiegel mit figürlichem Griff. Meist sind es schlankes Mädchen, die zuweilen in der einen Hand ein Käppchen oder Bäckchen tragen und mit der erhobenen anderen Hand an ihrem Ohrring spielen, den Spiegel stützen, oder die von der früheren Form des Papryusgriffs übriggebliebene, jetzt als Verbindungsmittel zwischen Griff und Platte dienende Dolde halten. Gern wird auch der häßliche, böses abwehrende Schutzgeist Bes als Spiegelhalter verwendet. Die metallenen Spiegelplatten wurden blank gerieben und manchmal versilbert oder vergoldet, so daß sie das Bild gut zurückwerfen konnten.

Wann die Metallspiegel durch Spiegel aus Glas abgelöst wurden, wissen wir nicht. Da die blanken Spiegelplatten leicht Beschädigungen ausgesetzt waren, so steckte man sie seit altersher in Taschen, von den Ägyptern „Haus des Spiegels“ genannt, die im Mittleren Reich aus Fell oder Geflecht bestanden und an einem langen Tragband über der Schulter getragen wurden. Im Neuen Reich lebte man den Spiegel samt dem Griff in ein fastenartiges Gehäuse, das wohl auf dem Toilettentisch der Dame seinen Platz gehabt haben dürfte.

Jean Paul über die Frauen.

Am Kunstdruck Anton Schroll u. Co. in Wien ist ein hübsch ausgestattetes Bändchen erschienen, das den Titel führt: „Entlarvung der Weiber durch Jean Paul“ nebst einigen Wahrheiten über Liebe und Ehe aus dessen Werken zu Nutz und Frommen beider Geschlechter, zusammengetragen von einem, dem es nichts geholfen!

Darin finden sich folgende Aussprüche:

Die Weiber wissen sich so gut zu verstehen, daß sie nur der Satan oder die Liebe erraten kann.

Im größten Schmerze werden einer Frau Rollen der Verstellung leicht.

Empfinden bessert sich mit den Jahren, Rosette verschlimmt sich mit den Jahren.

Kleider sind dem schönen Geschlecht das, was dem männlichen Gedanken sind; der Kleiderschrank ist die Bibliothek, das Ankleidezimmer die Studierstube.

Aus einer Frau ohne Toreheiten wäre nichts weiter zu machen als — ein Mann.

Eine Frau gehorcht vielleicht auch einmal, um zehnmal befehlen zu können.

Die weibliche Eifersucht wird immer einige Tage älter als die weibliche Liebe.

Die Weiber — ja, es ist ein Teufelswerk, scheinen sie schlimm, so sind sie es auch; scheinen sie es nicht, so sind es doch.

An Weibern ist alles Herz, sogar der Kopf.

Die Weiber sind noch zehnmal listiger und falscher gegeneinander als gegen die Männer.

Liebet eure Feinde heißt bei den Weibern, besucht eure Feindinnen und trinkt Tee.

Die Weiber halten andere nur für jünger, nicht für schöner als sich.

Solang ein Weib liebt, liebt sie in einem fort, — ein Mann hat dazwischen zu tun.

Soziales Frauenleben.

Nüchtern in der sozialdemokratischen Frauenbewegung. In den letzten Jahren ist in Deutschland die Zahl der in der sozialdemokratischen Partei organisierten Frauen um etwa 80 000 zurückgegangen. Es ist ja auch eine bei jeder Wahl festzustellende Erziehung, daß die Frauen sich mehr und mehr den nationalen, erhaltenen Parteien zuwenden und den sozialistischen Utopien den Rücken lehnen.

Welche Arbeit leistet die Schulpflegerin? Aus München liegen jetzt genaue statistische Angaben über die Tätigkeit der dortigen Schulpflegerinnen vor, die um so mehr Anerkennung verdient, als sie nur nebenamtlich ausgeübt wird. Es gibt in München zurzeit 14 Schulpflegerinnen, denen 41 Volksschulen unterstehen. Ihre Fürsorge dehnt sich auf 528 Kinder und 937 Mädchen aus und macht 2167 Hausbesuche, 215 Gänge mit den Kindern in Kliniken und 1236 Besuche bei Behörden, Anstalten und Wohlfahrtsvereinen nötig.

Frauenanstaltung. Auf der in diesem Jahr in Magdeburg stattfindenden „Mitteldeutschen Ausstellung“ wird eine Woche ganz den Fraueninteressen gewidmet sein. Viele Frauenverbände verlegen ihre Tagungen nach Magdeburg und in die erste Septemberwoche, in der eine den Frauen gewid